

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3 - 63. Jahrgang

23. Februar 2013

CDU verhinderte mehr Verbraucherschutz

Der von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner angesichts des Pferdefleischskandals vorgelegte 'Nationale Aktionsplan' ist von der SPD-Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt als „völlig lächerlich“ bezeichnet worden. „Weder kann sie die deutschen Grenzen verriegeln noch würde dies mehr Schutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher bieten“, so die Expertin für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz.

Aigners Nationaler Aktionsplan sieht unter anderem eine obligatorische europaweite Herkunftskennzeichnung auch für verarbeitete Fleischprodukte vor. Genau diese Forderung hatte die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament 2011 vehement verfolgt und in Änderungsanträgen eingebracht, als die europäische Richtlinie zur Lebensmittelkennzeichnung beschlossen wurde. Allerdings haben damals die konservativen Abgeordneten unter der Führung einer CDU-Europaabgeordneten sowie die gesamte deutsche Bundesregierung diese Forderung als lächerlich und undurchführbar abgelehnt. „Mit ihrem Vorschlag versucht die Landwirtschaftsministerin nun ihr Versagen und das Versagen der CDU/CSU im Europäischen Parlament unter den Tisch zu kehren“, so Dagmar Roth-Behrendt.

„Natürlich kann die obligatorische europaweite Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Fleischprodukte Kriminelle nicht aufhalten. Aber es wäre beim jetzigen Pferdefleischskandal deutlich einfacher gewesen, die Handelskette und die Herkunft jedes verarbeiteten Fleisches zurück zu verfolgen“, so Dagmar Roth-Behrendt. „Eine gesetzlichen Verpflichtung, auch alle zu verarbeitenden Fleischteile zu kennzeichnen, zwingt Hersteller zu viel mehr Genauigkeit als das zurzeit der Fall ist.“ **BS □**

Berlin:

„Für ein klares Profil sorgen“

Berliner SPD beschließt Forderungen zum Wahlprogramm

Mit eigenen Eckpunkten für das Bundestagswahlprogramm macht die Berliner SPD jetzt deutlich, welche Themen aus ihrer Sicht angepackt werden müssen: Es geht um bezahlbare Mieten, eine Armut verhindernde Rente, um die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Themen Integration, Daseinsvorsorge und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bundesländer.

„Die Bundestagswahl wird zur Richtungsentscheidung“, heißt es in einer Resolution, die der Landesvorstand am 18. Februar einstimmig beschlossen hat und die nun an den Bundesvorstand geht. „Wir setzen im Wahlkampf auf ein klares inhaltliches Profil der sozialen Gerechtigkeit“, heißt es im Resolutionstext. „Mit unseren Themen stehen wir für eine Politik, die den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft ins Zentrum rückt. Als Berliner SPD kennen wir die Sorgen und Nöte vieler Menschen, insbesondere in den Ballungsräumen und Metropolen. Viele politische und gesellschaftliche Herausforderungen treten hier früher und deutlicher zu Tage.“



Schwerpunkt Gleichstellung: Die SPD engagierte sich bei „One Billion Rising“ gegen Gewalt an Frauen.

Foto: Jänen

Die SPD will ihr Regierungsprogramm auf einem Parteitag am 14. April in Augsburg (11 bis 16 Uhr) beschließen. Dort werden im Rahmen der Beratungen auch die Ergebnisse des Bürgerkonvents präsentiert.

„Für uns als Berliner SPD sind die in der Resolution enthaltenen Eckpunkte von zentraler Bedeutung im Bundestagswahlkampf 2013“, erklärte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. **Fortsetzung auf Seite 4**

Für Mitsprache gesorgt

Zwei Mitgliederforen der Berliner SPD im März

Zu gleich zwei Mitgliederforen lädt die Berliner SPD im März. Eines dient dem Blick auf die Themen des Wahlkampfes, ein weiteres wendet sich ausschließlich an Frauen.

Eng wird es am 4. März im Willy-Brandt-Haus beim Mitgliederforum zum Bundestagswahlprogramm 2013. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wird unter anderem die Schwerpunkte Arbeitsmarkt, Gesundheit und Pflege sowie Bildung erläutern. Der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß wird einführen und die Berliner Kernpunkte vorstellen. (Anmeldung: www.spd-berlin.de/mitgliederforum)

Am 15. März gibt es dann eine Premiere. Einzige Frauen sind eingeladen zum Frauen-

Mitgliederforum „150 Jahre SPD“. Prägende Frauen aus 150 Jahren SPD werden vorgestellt und aktuelle Fragen u.a. mit Jutta

IN DIESER AUSGABE:

ROT TUT GUT	S. 2
LZB: FREIER ORT DER BILDUNG	S. 4
KONZEPT FÜR BEZIRKSFINANZEN	S. 6
HOFFEN AUF DIE CITY TAX	S. 16

Limbach, Eva Kunz und Helga Grebing diskutiert. Die Forums-Teilnehmerinnen erwarten Bild- und Videoprojektionen, spannende Lebensberichte und Musik von Berliner Künstlerinnen (Anmeldung unter www.spd-berlin.de/frauen-mitgliederforum).

JoS □

„Die gehören abgewählt“

Hans Kegel startete die Internetseite „Rot-tut-gut.de“

Berliner Stimme: Im Internet und auf facebook gibt es mit www.rot-tut-gut.de eine neue, muntere Initiative, die offenbar schon mit dem Bundestagswahlkampf begonnen hat. Wer steht dahinter, gibt es Spenden unbekannter Unternehmer?

Hans Kegel: Die Idee zu »Rot tut gut.« entstand Ende 2012. Frau Merkel erklärte in einer Bundestagsdebatte Schwarz-Gelb zur „besten Regierung seit der Wiedervereinigung“. Der erste Gedanke war: Wer so schlecht regiert, und es noch nicht einmal merkt, gehört wirklich abgewählt! Um das zu erreichen, müssen meiner Überzeugung nach alle „Kanäle“ bespielt werden, auch parallel zum „offiziellen“ SPD-Wahlkampf. Im Moment wird das Projekt noch von mir allein, einem Genossen aus Berlin-Schöneberg, koordiniert und umgesetzt – ganz ohne anonyme „Geldgeber“ übrigens. Das „Kapital“ von »Rot tut gut.« ist die Überzeugung, dass wir eine bessere Politik für die Menschen in unserem Land brauchen. Und viele Freundinnen und Freunde aus der Partei und darüber hinaus, teilen diese Überzeugung und bringen tolle Ideen, eine Menge Kreativität und vor allem Themen mit ein.

Berliner Stimme: Welche Reaktionen haben Sie nach dem Start der Seite bekommen, gab es eine offizielle Reaktion der SPD?

Hans Kegel: Überraschenderweise gab es sehr schnell positive Reaktionen, obwohl ja eigentlich noch gar kein „Wahlkampf“ ist. »Rot tut gut.« sollte ursprünglich erst nach dem Vorliegen des SPD-Wahlprogramms im April starten. Aber dann kam der rot-grüne Wahlsieg in Niedersachsen – und diesen „Schwung“ wollte ich einfach mitnehmen. Aus dem Willy-Brandt-Haus gibt es bereits eine Einladung. Es ist gut, dass man dort offenbar auf die Vernetzung mit „freien“ Unterstützerinitiativen setzt. Auch einige Bundestagsabgeordnete und Genossinnen und Genossen aus den Landesverbänden haben sich gemeldet – und in Berlin lebende Mitglieder der französi-



Internetseite „Rot tut gut“

Foto: BS

sehen „Parti socialiste“ haben schon Ideen in das Projekt eingebracht.

Berliner Stimme: Wie erfolgt die Thementauswahl der Beiträge? Bleibt die Auseinandersetzung mit schwarz-gelb ein Schwerpunkt?

Hans Kegel: Die schwarz-gelbe Merkel-Regierung liefert wahrlich genug Stoff. „Akute“ Themen versuchen wir natürlich möglichst sofort einzubringen. Aber allein auf das Versagen der amtierenden Regierung zu setzen, ist nicht die Idee. In verständlicher, manchmal augenzwinkernder, aber immer fundierter Form die politischen Alternativen darzustellen, die eine SPD-geführte Regierung zu dieser Koalition bietet – das will »Rot tut gut.« leisten.

Berliner Stimme: Gibt es Pläne, wie sich die Seite weiterentwickeln soll? Ist sie offen für Anregungen und Beiträge von außen?

Hans Kegel: Wie gesagt, das Projekt startete etwas vor „seiner Zeit“ und steckt noch ein bisschen in den Kinderschuhen. Themenvorschläge von Nutzern der facebook- und der Internet-Seite gibt es bereits viele. Was die Diskussion einzelner Themen angeht, funktioniert das auf facebook schon gut. Auch auf der Webseite wird es bald z.B. eine Kommentarfunktion geben. Was „rote“ Politik heißt und welche Chancen sie uns allen bietet, das entwickelt sich im Dialog und in der Diskussion am besten.

Fragen: U. Horb □

Neue Gäste bei „Thierse trifft...“

Wolfgang Thierse setzt seine Gesprächsrunde „Thierse trifft...“ mit prominenten Gästen fort. Die nächsten Termine:

12. März 2013: Ulrich Khoun, Intendant des Deutschen Theaters in Berlin, Dramaturg, Theater- und Literaturkritiker, ehem. Intendant des Schauspielhauses Hannover und des Hamburger Thalia Theaters.

23. April 2013: Ruth Misselwitz, Pfarrerin

der Evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Alt-Pankow, Mitgründerin des ehem. Friedenskreises Pankow und wichtige Vertreterin der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung in der DDR.

Alle Veranstaltungen finden wieder im Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße in Berlin-Prenzlauer Berg statt. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. **BS □**

POLITIK PERSÖNLICH

Dagmar Roth-Behrendt, Berliner SPD-Europaabgeordnete seit 1989, hat gegenüber dem SPD-Landesvorstand am Montag erklärt, dass sie im kommenden Jahr nicht erneut für das Europäische Parlament kandidieren werde. Als Verbraucher- und Gesundheitspolitikerin hatte sie sich im Europäischen Parlament, dem sie inzwischen in der fünften Wahlperiode angehört, rasch einen Namen gemacht. Sie war u.a. Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und leitete zwischen 2007 und 2009 die von der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament eingerichtete Hochrangige Arbeitsgruppe zur Reform des Europäischen Parlaments. Die Nominierung einer Kandidatin oder eines Kandidaten für das Europäische Parlament soll auf dem Landesparteitag im Mai erfolgen.

Prof. Ulrich Kledzik O.B.E., Pädagoge und in den siebziger und achtziger Jahren Jahren Leitender Oberschulrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Bildung, wird am kommenden Mittwoch im Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre (IBBA) der TU Berlin mit einer Feierstunde geehrt. „Ein Leben für die Berliner Schulen“, so das Motto der Veranstaltung anlässlich seines 85. Geburtstages, würdigt das Engagement von Prof. Ulrich Johannes Kledzik in der Berliner Bildungspolitik. So hat er maßgeblich an der Einführung des Faches Arbeitslehre und der Planung der Berliner Gesamtschulen mitgewirkt. **PM □**

Trauer um SPD-Politikerin

Die SPD-Fraktion Reinickendorf trauert um Karla Borsky-Tausch, die nach langer schwerer Krankheit am 17. Februar im Alter von 62 Jahren gestorben ist. Karla Borsky-Tausch ist von 1992 bis 2001 und seit 2006 bis zu ihrem Tod Mitglied der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung gewesen. Von 2001 bis 2006 war sie Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. **□**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin

Neue Energiepolitik:

Energietisch contra Koalition?

Im Interview: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh

Die Unterschiede liegen nicht in den großen Zielen: SPD und Energietisch wollen beide eine neue Energiepolitik, wollen Stromnetze in kommunaler Hand und Stadtwerke, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh im Interview. Das Volksbegehren dient nun vor allem dazu, ein aufwendiges Wahlverfahren durchzusetzen.

BS: Was will die Koalition im Bereich der Energiepolitik erreichen?

Raed Saleh: Wir wollen, dass die Stromnetze in kommunale Hand zurückkommen. Das schon bestehende landeseigene Unternehmen Berlin-Energie nimmt dazu am Wettbewerbsverfahren um die Berliner Stromnetze teil, denn wir wollen, dass Gewinne und Arbeitsplätze in Berlin bleiben. Auch künftig wird das Land mindestens 51 Prozent von Berlin Energie in Landeshand halten. Zweiter Schwerpunkt ist, dass wir die Gründung von Stadtwerken anstreben, als Tochter der BSR. Sie sollen nur erneuerbare Energien und als Brückentechnologie Kraft-Wärme-Kopplung nutzen - also keinen Atom- oder Kohlestrom.

BS: Wie ist der Stand der Umsetzung?



Raed Saleh, SPD-Fraktionsvorsitzender. Foto: SPD

Raed Saleh: Für die Stromnetze gab es intensive Anhörungen im Parlament. Der Senat hat die Zuständigkeiten rechtssicher geregelt und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung arbeitet an der Profilierung von Berlin Energie. Dasselbe gilt für die Stadtwerke: Bürgermeister Wowereit hat Kundenfreundlichkeit und Verlässlichkeit als Ziel vorgegeben. Unser Gesetz ist in

der Beratung und wird bald beschlossen. Senator Müller prüft aber jetzt schon, wie man den Start der Stadtwerke am besten organisiert. Dazu hat er in seiner Verwaltung schon die entsprechenden Arbeitsaufträge erteilt.

BS: Warum gibt es trotzdem ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Stromnetze?

Raed Saleh: Wir haben mit dem Berliner Energietisch sehr lange und intensiv verhandelt und in sehr vielen Punkten Konsens erzielt. Sowohl der Energietisch als auch wir wollen die Stromnetze in kommunale Hand bekommen. Außerdem wollen beide Seiten Stadtwerke gründen, die nur Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung anbieten. Doch der Energietisch möchte, dass für sechs Verwaltungsratsmitglieder des neuen Unternehmens Direktwahlen in ganz Berlin durchgeführt werden. Das halten wir für unrealistisch und haben als Kompromiss weitgehende Transparenzregeln in unseren Gesetzentwurf geschrieben. Auf diesen Kompromiss ging der Energietisch nicht ein. **ff □**

Bundestagswahl:

SPD schließt Wahlkreis aufstellung ab

Fritz Felgentreu kandidiert in Neukölln - Heute Entscheidungen in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg

Die Neuköllner SPD hat ihren langjährigen Vorsitzenden Fritz Felgentreu (44) auf einer Kreisdelegiertenkonferenz am 16. Februar zum Bundestagskandidaten gewählt. In Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg fällt die Entscheidung an diesem Wochenende auf Wahlkreiskonferenzen.

Felgentreu will seinen Schwerpunkt auf eine Familien- und Bildungspolitik aus einer Hand legen (siehe auch Seite 10). Nur eine SPD-geführte Bundesregierung könne die notwendigen Reformschritte einleiten. Die SPD, so Felgentreu, stehe für einen Staat, der Kinder in allen Lebensphasen von der Kita bis zur Abschlussstufe begleite und ihnen helfe, sich optimal auf Ausbildung und Berufsleben vorzubereiten: „Gerade die härtesten Kieze brauchen die besten Schulen. Das ist der Neuköllner Weg. Der Campus Rütli und das erste Ganztagsgymnasium Berlins, die Albert-Schweitzer-Schule, sind anschauliche Beispiele dafür, wie erfolgreich wir sein können, wenn wir Familien- und Bildungspolitik aus einer Hand betreiben“, ist sich Felgentreu sicher.

Außerdem will sich Felgentreu, der beruflich als Lehrer tätig ist, im Bundestag



Fritz Felgentreu will den Bundestagswahlkreis Neukölln für die SPD gewinnen.

Foto: SPD Berlin

unter anderem für ein soziales Mietrecht, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Stärkung des Quartiersmanagements in sozialen Brennpunkten einsetzen. Felgentreu ist seit dem vergangenen Jahr stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD. Die Neuköllner SPD leitet er seit 2004. Von 2001 bis 2011 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (zuletzt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und kandidierte bereits 2009 in Neukölln für den Deutschen Bundestag.

Bei der Mitgliederbefragung in Pankow hat keine Bewerbung die absolute Mehrheit erreicht. Die 1191 im Wahlkreis abstimmungsberechtigten Mitglieder der SPD Pankow haben am 17. Februar 2013 die meisten Stimmen für Leonie Gebers (132) gefolgt von Klaus Mindrup (101) abgegeben. Roland Schröder erhielt 69 Stimmen, auf Severin Höhmann entfielen 31 Stimmen. Insgesamt haben sich 339 SPD-Mitglieder und damit 28,5 Prozent an der Befragung beteiligt, womit das für die Gültigkeit notwendige Quorum erreicht wurde. Damit gelten laut Verfahrensrichtlinie des SPD-Landesverbandes zur Mitgliederbefragung Leonie Gebers und Klaus Mindrup als Bewerber/in für die Wahlkreiskonferenz als vorgeschlagen. Das Ergebnis hat für die Wahlkreiskonferenz am heutigen Sonnabend, dem 23. Februar 2013, empfehlenden Charakter.

In Friedrichshain-Kreuzberg wurde das notwendige Quorum nicht erreicht, deshalb wird kein Ergebnis veröffentlicht. Kandidiert hatten Cansel Kiziltepe und Silvia-Fee Wadehn. Die BundestagskandidatIn wird auf der Wahlkreiskonferenz heute im IG-Metall-Haus bestimmt. **BS □**

Tempelhof:

„Ein freier Ort der Bildung“

Brigitte Lange: Landeszentralbibliothek ist ein ursozialdemokratisches Vorhaben

Berlin erhält eine neue Zentral- und Landesbibliothek. Dieser Bau ist ein zentrales Anliegen der Berliner SPD. Wir fördern damit eine Institution, die für Bildungsgerechtigkeit, kulturelle Chancengleichheit und Partizipation steht. Eine moderne Metropolenbibliothek als Basisinstitution der kulturellen Bildung gehört für die Sozialdemokratie mit an die erste Stelle. Und dabei handelt es sich keinesfalls um ein Prestigeprojekt. Im Gegenteil: Hier soll ein Ort für alle Bürgerinnen und Bürger entstehen. Herkunft und Größe des Geldbeutels spielen keine Rolle.

Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) ist die am meisten besuchte Kultur- und Bildungseinrichtung Berlins. Bis zu fünftausend Menschen drängeln sich täglich in der ZLB, die aus allen Nähten platzt. 3,7 Millionen Medien werden jährlich ausgeliehen. Zurzeit gibt es zwei Standorte, die Amerika Gedenkbibliothek (AGB) und die Berliner Stadtbibliothek (BSTB). Die Bibliotheksnutzerinnen und -nutzer müssen je nach Fachgebiet zwischen diesen Standorten pendeln.

Am 17. Oktober 2011 einigten sich SPD und CDU bei ihren Koalitionsverhandlungen auf den Neubau der ZLB auf dem früheren Flughafenareal, der heutigen Tempelhofer Freiheit: „Die Koalition wird die Prüfung der Baukosten und die Bauplanung unverzüglich einleiten, so dass der Baubeginn noch in dieser Legislaturperiode erfolgen kann.“

Die neue Bibliothek wird auf dem südwestlichen Areal der Tempelhofer Freiheit, mit Anschluss an den U- und S-Bahnhof Tempelhof und Zugang zum Park, gebaut. Das Haus soll die bisherigen Standorte in



Gut besucht: die Amerika Gedenkbibliothek.

Foto: Horb

einem Gebäude vereinen und internationalen Standards heutiger Bibliotheksgebäude sowie dem Anspruch und den Aufgaben öffentlicher Großstadtbibliotheken entsprechen.

Mit ungefähr 10 000 Besucherinnen und Besuchern ist täglich zu rechnen. Vielfältige Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten werden geschaffen, zeitgemäße IT-Strukturen und selbstverständlich barrierefreie Angebote.

„Ohne Eintrittsgebühr und sonstige Beschränkungen ist die Bibliothek für alle Berlinerinnen und Berliner offen“, so Volker Heller, Direktor der ZLB. „Das bedeutet eine enorme Bereicherung für die Freizeitfläche Tempelhofer Feld, weil hier Angebote zu Bildung und Informationen, Möglichkeiten zu arbeiten, zur Meinungsbildung und zum Meinungsaustausch bis hin zur Selbstorganisation von Meinungsgruppen frei zugänglich sind. Die Zentral- und Landesbibliothek nimmt dem öffentlichen Raum keine Fläche weg, sondern ist Teil des öffentlichen Raums und wird die-

sen bereichern, nämlich um die geplanten 52.000 Quadratmeter.“

Die neue Bibliothek ist ein freier Ort der Bildung, Integration, des Dialogs und der Vernetzung und fördert das herkunfts-, generationen- und schichtenübergreifende Zusammenleben. Sie bietet für jedes Lebensalter einen vielfältigen und aktuellen Medienbestand und Zugriff auf verschiedenste digitale Ressourcen. Sie ist Ort des kulturellen Gedächtnisses Berlins durch die Bereiche Pflichtexemplare, Historische Sammlungen und Berlin Studien.

Eine Stadt wie Berlin braucht eine leistungsfähige öffentliche Universallbibliothek unter einem Dach. Vereint an einem Standort kann die ZLB ihr volles Potential als Metropolenbibliothek entfalten und ein wichtiges Zeichen für Kultur und Bildung in der Hauptstadt setzen. Das machen andere Metropolen vor, zum Beispiel die openbare Bibliothek in Amsterdam, die Seattle Public Library, die Bibliothek Media Space in Aarhus und die Central Library in Birmingham.

Berlin investiert mit der neuen ZLB in Bildung, denn die ZLB bietet Bildungschancen für alle Menschen in dieser Stadt. Die neue Bibliothek wird ein Ort der Stadtgesellschaft und ein Gewinn für alle Berlinerinnen und Berliner. Die historische Chance, die größte neue Freizeitfläche Berlins und die größte öffentliche Bibliothek Deutschlands an einem Standort zu vereinen, ist eine zukunftsweisende Vision für Berlin und muss jetzt wahrgenommen werden. Das Tempelhofer Feld ist der perfekte Ort für diesen Neubau!

Brigitte Lange, MdB, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus □

„Für ein klares Profil sorgen“

Berliner SPD beschließt Forderungen zum Wahlprogramm

Fortsetzung von Seite 1

„Angesichts des kurzen parteiinternen Beratungsprozesses“, so Jan Stöß, „wollen wir mit der Resolution sicherstellen, dass unsere Vorschläge zur Mietpreiskontrolle, die Beibehaltung des Rentenniveaus bei 50 Prozent und die Abschaffung der Optionspflicht sowie die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Regierungsprogramm der SPD enthalten sind. Wir machen darüber hinaus konkrete Vorschläge zur gerechten Besteuerung und Handlungsfähigkeit der stark belasteten Länder und Kommunen. Beim Modell des Altschuldenfonds soll der 2019 auslaufen-

de Solidarzuschlag zu einem Zukunftsbeitrag für alle sechzehn Bundesländer umgewandelt werden. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings und treten für die Einführung einer Vermögenssteuer noch im ersten rot-grünen Regierungsjahr ein. Im September 2013 wird es einen Regierungswechsel geben. Dafür treten wir mit dieser Berliner Resolution ein!“

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, Aziz Bozkurt, begrüßte vor allem die Beschlüsse zur doppelten Staatsbürgerschaft und zur Zuwanderung: „Mit einem Sieg der SPD bei den Bundestagswahlen heißt es nach dem Wil-

len der Berliner SPD: Weg mit dem Optionsmodell, ja zur Mehrstaatigkeit, ein menschenwürdiges Asylrecht, eine engagierte Antidiskriminierungspolitik und ein Anerkennungsgesetz, was seinen Namen verdient!“ Insbesondere die Forderungen nach einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht zeigen, so Bozkurt, „wie die eindeutige Mehrheit in der SPD tickt und wo sich einzelne Personen am Rande des Meinungsspektrums bewegen“. Er unterstützte ausdrücklich den Vorstoß von Jan Stöß, die Verbindlichkeit der SPD bei diesem wichtigen Thema vor der Bundestagswahl zum Ausdruck zu bringen. **BS** □

Demographie:

Wir haben mehr Zukunft

Ausstellung „Zukunft leben: Die demografische Chance“ im Museum für Naturkunde

Als Klaus Wowereit vor knapp sieben Jahren, am 23. April 2007, im Radialsystem über die Chancen des demografischen Wandels sprach, ging das weitgehend unter. Kein Wunder: Am selben Tag hatte Bundesminister Tiefensee die Presse im Skelett des Palastes der Republik über die Pläne der Bundesregierung für den Aufbau des Schlosses informiert. Das brachte mehr Schlagzeilen als das Nachdenken über die Bevölkerungsentwicklung.

Dabei hätte Wowereit mehr Aufmerksamkeit verdient. Seine Rede enthielt Fragen von Weitsicht: „Wir streiten derzeit über die Rente mit 67. Aber warum denken wir nicht darüber nach, ob vielleicht eine Rente mit 70 dann möglich ist, wenn der Beschäftigte ab 60 zehn Jahre lang halbtags arbeitet?“ Oder: „Gelingt es uns, den demografischen Wandel umzumünzen in ein Projekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Innovations- und Leistungskraft?“

EINE HERAUSFORDERUNG,
KEIN VERHÄNGNIS

Damit waren zwei Dinge deutlich markiert: Deutschland wird einen gravierenden Wandel durchlaufen, der einen Abschied von vielem nach sich zieht, an das man sich gewöhnt hat - z.B. die Rente mit 65. Und: Man muss den demografischen Wandel nicht als Verhängnis sehen, man kann ihn auch als Herausforderung, als Zukunftsprojekt annehmen.

Dass der Regierende Bürgermeister damals durchaus optimistisch meinte, die Bevölkerung Berlins werde - im Unterschied zu vielen schrumpfenden Regionen - stabil bleiben, gehört zu den Irrtümern, die mit fast jeder Prognose verbunden sind. Die Realität zeigt, dass weit mehr Zuversicht gerechtfertigt gewesen wäre - wie Wowereit mit Blick auf den Zuzug nach Berlin Anfang des Jahres klar stellte: „Wir werden über 300.000 Menschen neu in dieser Stadt haben. Es ist ein riesiges Potenzial, ist aber auch eine riesige Anstrengung, die wir mit der dazu erforderlichen Infrastruktur, der notwendigen Integration zu leisten haben.“

Berlin wird durch den Zuzug der Jungen vielleicht langsamer altern als andere Städte. Altern aber werden auch die Berliner, und sie werden älter werden als je zuvor. Damit stellen sich Fragen nach dem Verlauf (und künftigen Ende) des Berufslebens ebenso wie nach der Teilhabe der Älteren am gesellschaftlichen Leben oder der



Im Gespräch über Demografie: Karl Ulrich Mayer, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und Franz Müntefering. Foto: Walther

Die Ausstellung

„Zukunft leben: Die demografische Chance“ läuft vom 27. Februar bis zum 7. April im Museum für Naturkunde - Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung, Invalidenstraße 43, 10115 Berlin. Geöffnet: Dienstag bis Freitag: 9.30 bis 18.00 Uhr, sonnabends, sonntags und an Feiertagen: 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 5,-, ermäßigt 3,- Euro

Verlosung

Die Berliner Stimme verlost 5 x 2 Freikarten für die Ausstellung. Email mit Namen und Adresse an: Verlosung@leibniz-gemeinschaft.de (Betreff: Berliner Stimme). Einsendeschluss ist der 27. Februar 2013.

Organisation und Finanzierung der Pflege für jene, die der Hilfe bedürfen.

Als Franz Müntefering, der Demografie-Experte der SPD-Fraktion, im letzten Sommer mit Karl Ulrich Mayer, dem Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft bei „Leibniz im Bundestag“ zusammen traf, erinnerte er seinen Gast daran, dass bei der Einführung der Altersrente in Deutschland, 1889 unter Bismarck, das gesetzliche Rentenalter bei 70 lag.

Zu diesem Zeitpunkt wurden Männer im Durchschnitt aber nur 40 Jahre alt, Frauen 44 Jahren. 1916 kam dann die Rente mit 65. Doch erst die Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde, konnte damit rechnen, im Normalfall das 65. Lebensjahr zu erreichen. Inzwischen rechnet man bei Männern mit 78, bei Frauen mit 82 Jahren. Und dann fragte Müntefering, was es bedeutet, wenn 30 Prozent der Bevölkerung über 65 ist - und gesund dabei?

Jetzt geben Mayer und die Leibniz-Ge-

meinschaft auf viele dieser Fragen einige Antworten, zumindest aber präsentieren sie den Stand der Forschung. Die zentrale Begleitausstellung zum Wissenschaftsjahr 2013, die vom 27. Februar bis zum 7. April im Museum für Naturkunde gezeigt wird, trägt den Titel „Zukunft leben: Die demografische Chance“. Und tatsächlich hat sich bei der Arbeit an der Ausstellung gezeigt, dass es lohnt, die Perspektive zu ändern: Deutschland wird nicht älter, sondern die Deutschen leben länger. Und sie leben länger gesund.

DIE STELSCHRAUBEN BETÄTIGEN

Das ist erfreulich, hat aber Nebenwirkungen: Wenn immer mehr alte Menschen ernährt, versorgt und eines Tages auch gepflegt werden müssen, dann wächst die ökonomische Last derer, die im Berufsleben stehen. Da immer weniger Kinder geboren werden, schrumpft die Zahl der Berufstätigen tendenziell. Doch es gibt Stellschrauben, an denen die Gesellschaft drehen kann: Bessere Kinderbetreuung ermöglicht es mehr Eltern, vor allem Frauen, zu arbeiten. Mehr Menschen könnten aber auch länger arbeiten - sei es, dass sie überhaupt bis zur Rente arbeiten und nicht schon knapp über 50 zum alten Eisen geworfen werden, sei es, dass sie über 65 hinaus arbeiten. Schon sprechen Ökonomen von der Rente mit 69. Schließlich könnten aber auch mehr Menschen hier arbeiten, die aus dem Ausland zu uns kommen. Deutschland wird insofern absehbar nicht nur älter, sondern auch bunter.

Aber auch das gehört zum demografischen Wandel: Ganze Landstriche drohen zu veröden, weil kaum noch Menschen dort leben. Schulen und Kitas werden geschlossen, weil es keine Kinder mehr gibt. Die letzten Läden machen dicht. Dörfer werden vom öffentlichen Personennahverkehr abgehängt. Bei den letzten Ärzten bilden sich Schlangen, die bis auf die Straße reichen. Oder kommt auch da alles anders? Weil die Städter die Lust aufs Land entdecken, weil die Mieten in den Kleinstädten niedriger sind als in der Metropole, weil Kinder dort über die Wiesen hüpfen, wo sie in der Großstadt Angst vor Autos haben?

Das Thema ist spannender als man vielleicht auf den ersten Blick denkt. Und die Ausstellung mit interaktiven Modulen, Fotos, Comics, Filmen und viel Statistik ist eine attraktive Möglichkeit, sich darin zu vertiefen.

Christian Walther ☐

Landesvorstand:

Bessere Planung, mehr Gestaltung

Philipp Steinberg: Abschlussbericht der Projektgruppe Bezirksfinanzen liegt vor

Als Antwort auf zahlreiche Anträge aus den Gliederungen hatte bereits der letzte Landesvorstand eine Projektgruppe „Bezirksfinanzen“ eingesetzt und deren Mitglieder benannt: Vertreter der Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirksämter, des Senats, von Parteigliederungen und dem Landesvorstand. Aufgabe war es, Vorschläge für eine Verbesserung der Finanzbeziehungen innerhalb Berlins zu machen.

Keine leichte Aufgabe, gehören die Finanzbeziehungen doch sowohl aufgrund der technischen Komplexität des Systems der Mittelzuweisung und der Kosten-Leistungsrechnung (KLR) wie auch der unterschiedlichen politischen Interessen der Bezirke untereinander sowie zwischen Land und Bezirken nicht zu den einfachsten Politikbereichen.

Dennoch hatte sich die Gruppe zum Ziel gesetzt, Vorschläge nur im Konsens, oder zumindest mit sehr großer Mehrheit auszusprechen. Demzufolge sind die Vorschläge nicht revolutionär - würden bei Umsetzung aber dennoch deutliche Verbesserungen mit sich bringen. Der Bericht wurde vom Landesvorstand an die Fraktionsvorsitzendenkonferenz sowie die Abgeordnetenhausfraktion überwiesen, mit Rückäußerungsfrist bis Ende April. Auf dieser Grundlage wird über das weitere Vorgehen zu entscheiden sein.

Der Bericht enthält neben einer Analyse der Entwicklungen der Finanzbeziehungen und der Mechanismen der Mittelzuweisung und -verausgabung in Berlin insbesondere fünf konkrete Empfehlungen und Forderungen:

1. Neben einer weiteren Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und einer gerechten Steuerpolitik wird die Umwandlung des „Soli“ ab 2019 in



Philipp Steinberg ist stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD und leitete die Projektgruppe Bezirksfinanzen. Foto: Horb

eine Altschuldentilgungsergänzungsabgabe, um die problematischen finanziellen Entwicklungen von Ländern und Kommunen durch Tilgung von Altschulden zu stoppen, vorgeschlagen.

2. Für Berlin werden unter anderem eine Erhöhung der Transparenz der Finanzbeziehungen insbesondere bei der Normierung und die Abschaffung des Normierungsfaktors für Schulprodukte angeregt. Der Normierungsfaktor ist ein Faktor von zur Zeit gut 5%, mit dem die durch die Kosten-Leistungsrechnung ermittelten Kosten pauschal gesenkt werden. Aufgrund der politischen Schwerpunktsetzung zu Gunsten von Bildung und den in diesem Bereich besonders dringenden Problemen empfiehlt die Arbeitsgruppe die Abschaffung des Normierungsfaktors in diesem Bereich.

3. Die Arbeitsgruppe empfiehlt eine moderate Weiterentwicklung des Wertausgleichs zwischen den Bezirken. Momentan beträgt der horizontale, im Rahmen der KLR erfolgende Wertausgleich 6,5 Millionen Euro/Jahr und der vertikale, außerhalb der KLR erfolgte Wertausgleich 6,9 Millio-

nen Euro. Das sind angesichts der Volumina der Bezirkshaushalte (allein Mitte hat einen Haushalt von über 700 Millionen Euro) bescheidene Summen. Deswegen empfiehlt die Projektgruppe eine Aufstockung des innerbezirklichen Umverteilungsvolumens auf rund 13 Millionen Euro, und auch eine Erhöhung des vertikalen Wertausgleichs.

4. Viertens empfiehlt die Projektgruppe die Festlegung eines verbindlichen Verfahrens zur Beteiligung der Bezirke an Steuermehreinnahmen des Landes. Denn die Bezirke haben nur sehr geringe eigene Einnahmemöglichkeiten - anders, als das Land. Andererseits tragen die Bezirke die Einsparungen, die das Land Berlin aufgrund der Schuldenbremse erbringen muss, mit. Deswegen ist es nur konsequent, Bezirke auch an Mehreinnahmen zu beteiligen.

5. Schlussendlich schlägt die Projektgruppe die Möglichkeit der Streckung des Personalabbaus der noch abzubauenen 1450 Vollzeitstellenäquivalente auch über die Legislaturperiode hinaus über einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Bei Vereinbarung eines Abbaukonzepts eines Bezirks, das vom Abgeordnetenhaus bestätigt wird, soll der Bezirk die unbegrenzte Einstellungsmöglichkeit bei Einhaltung der vereinbarten Abbauschritte mit sofortiger Wirkung erhalten.

Die Projektgruppe hat sich nicht auf die verbindliche Einführung weiterer Mindeststandards verständigen können, sondern empfiehlt lediglich Maßnahmen, um die Diskussion dazu auf einer besseren Faktengrundlage weiterführen zu können. Die Festlegung von Mindeststandards wurde insbesondere von den bezirklichen Vertreterinnen und Vertretern als zu großer Eingriff in die bezirkliche Gestaltungsfreiheit abgelehnt. **Philipp Steinberg** □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Mitgliederzuwachs. 722 neue Mitglieder sind im Jahr 2012 durch Eintritt oder Zuzug nach Berlin Mitglied des Landesverbandes geworden. Mit diesem Zuwachs, zu dem auch die Frauenwerbekampagne beigetragen hat, steht die Berliner SPD bundesweit an der Spitze.

Gedenkstättenfahrten. Nach dem Ende einer Kooperation mit dem Verein Paperpress will die Berliner SPD Gedenkstättenfahrten künftig wieder direkt organisieren. „Wir wollen so die unmenschlichen

Verbrechen der Nazi-Zeit in Erinnerung halten und Menschen die Möglichkeit geben, sich mit den Orten des Unrechts auseinanderzusetzen“, sagt SPD-Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan. Zurzeit laufen die konzeptionellen Vorbereitungen für die erste Gedenkstättenfahrt.

Berlin-Marathon. Für den 40. Berlin-Marathon am 29. September hat der SPD-Partei Vorstand einige Startplätze reserviert: Genossinnen und Genossen die am Lauf teilnehmen möchten, aber noch keine

Startnummer gebucht haben, können sich beim SPD-Vorstand unter der E-Mail-Adresse berlin-marathon@spd.de melden. Es gibt 50 Startplätze zu einem Vorzugspreis für Mitglieder von 60,- Euro. Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2013.

Beschlüsse. Der SPD-Landesvorstand hat einen Antrag beschlossen, der einen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge und Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien fordert. **BS** □

Ins Gespräch gekommen

Über 150 Gäste beim Neujahrsempfang der AG 60plus

Am 15. Februar veranstaltete die AG 60plus ihren traditionellen Neujahrsempfang im Nachbarschaftshaus in der Kreuzberger Urbanstraße.

Mehr als 150 Gäste konnte der Landesvorsitzende der AG, Werner Kleist, begrüßen, unter ihnen den Landesvorsitzenden der Berliner SPD Jan Stöß, die Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl, Mechthild Rawers und Swen Schulz, den Vorsitzenden der Abgeordnetenfraktion Raed Saleh, den Bezirksbürgermeister von Spandau Helmut Kleebank sowie zahlreiche Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen.

Zu Beginn der Veranstaltung gedachten die Anwesenden der am 21. Januar verstorbenen Ehrenvorsitzenden und Mitbegründerin der Berliner AG 60plus Inge Frohnert. Sie war eine Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und hat sich stets für die Belange der Älteren und Behinderten eingesetzt.

Jan Stöß sprach in seinem Grußwort über wichtige stadtpolitische Vorhaben der Berliner SPD, die über den Wahltag im September hinaus Geltung haben. Eva Högl unterstrich den Einsatz der SPD für bezahlbare Mieten in der künftigen Wohnungspolitik. Als Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages beklag-



Beim Jahresempfang der AG 60plus: der Landesvorsitzende Jan Stöß (l.) und Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan (r.), mit dem Vorsitzenden der AG 60plus Werner Kleist und Stellvertreterin Heidemarie Fischer. Foto: Paeche

te sie die oft mangelnde Unterstützung der Verfassungsschutzämter der Länder.

Wie jedes Jahr waren zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen der sozialen Verbände und Organisationen sowie von den Seniorenvertretungen der Bezirke zum Gedankenaustausch mit den Politikern gekommen, die viele nützliche Anregungen für ihre künftige politische Arbeit erfahren konnten. Bemerkenswert war das viele Lob für die gelungene Veranstaltung, das von allen Seiten kam. **Heidemarie Fischer, stellv. Landesvorsitzende der AG 60plus** □

Azubi mit Zukunft

Berliner SPD bildet weiter aus

So schnell gibt Canan Aktürk nicht auf. Rund 100 Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz hat die 21jährige geschrieben, nur vier oder fünf Vorstellungsgespräche folgten daraus. Sicher sei das deprimierend gewesen, gibt sie zu. „Aber man muss sich eben immer wieder aufrappeln.“ Inzwischen hat sie eine dreijährige Ausbildung zur Kaufrau für Bürokommunikation begonnen - im Berliner SPD-Landesverband. Aufmerksam auf den Ausbildungsplatz hatte sie der Berufsberater im Jobcenter gemacht.

„Ausbildung hat für uns eine große Bedeutung“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Seit 15 Jahren bietet die Berliner SPD regelmäßig Ausbildungsplätze an, die Prüfungen werden immer mit erstklassigen Ergebnissen abgeschlossen. Das freut uns ganz besonders.“ Ziel sei es, die Auszubildenden nach dem Abschluss zu übernehmen, was dem Landesverband bisher auch gelungen ist, so SPD-Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan.

Canan Aktürk, die an der Fachoberschule



Hat ihre Ausbildung bei der Berliner SPD begonnen: Canan Aktürk bei der Begrüßung durch den SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und Landesgeschäftsführerin Kirstin Fusan. Foto: Horb

für Sozialwesen ihre Fachhochschulreife erworben hat, startete ihre Ausbildung im Kreisbüro Neukölln und durchläuft dann verschiedene Arbeitsbereiche im SPD-Landesverband, von Yvonne Oppower als Ausbilderin begleitet. Ein halbes Jahr wird sie dank einer Kooperation auch bei der Wohnungsbaugesellschaft degewo in den Bereichen Personal- und Rechnungswesen Erfahrungen sammeln. **uh** □

FRAKTION INTERN

Hilfe für Unternehmen am BER. Die Wirtschaftsexpertinnen und -experten der SPD-Fraktion haben sich mit Vertretern des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, Berlin Partner, und der Flughafengesellschaft getroffen. Thema war die aktuelle Situation der Unternehmen am neuen Flughafen BER. Berichtet wurde, dass die Situation für die Unternehmen im Hinblick auf den derzeit noch unbestimmten Eröffnungstermin schwierig sei, aber alle zuständigen Stellen den Unternehmerinnen und Unternehmern gut zur Seite stehen. So konnten den Angaben zufolge einzelnen Mietern Flächen in Tegel zur Zwischennutzung angeboten oder Mietverträge verlängert werden. Die SPD-Abgeordneten begrüßten das hohe Engagement zur Unterstützung der Unternehmen.

Hohe Kriminalitätsrate in Spielhallen. Vom Senat veröffentlichte Zahlen zeigen ein hohes Ausmaß an Kriminalität und Gesetzesverstößen, die in Berliner Spielhallen, Wettbüros und Café-Casinos begangen werden. Bei Schwerpunkt-Razzien im September 2012 wurden bei 104 kontrollierten Spielstätten 21 Straftaten und sogar 390 Ordnungswidrigkeiten festgestellt.

Daniel Buchholz, Stadtentwicklungsexperte der SPD-Fraktion: „Mit den beiden auf Initiative der SPD-Fraktion entstandenen Parlamentsanträgen setzt die Koalition dem etwas entgegen. Wir wollen die Café-Casinos zurückdrängen, mehr Schwerpunkt-Razzien durch die Polizei und ein koordiniertes Vorgehen der bezirklichen Ordnungsämter erreichen“. Die gute Nachricht ist, dass das Berliner Spielhallengesetz wirkt. Neue Spielhallen werden praktisch nicht mehr eröffnet. Dafür gibt es zunehmend eine Ausweichbewegung zu so genannten Café-Casinos. Dabei handelt es sich streng genommen um Gaststätten, die die nach Bundesrecht erlaubten drei Geld-Gewinnspielgeräte betreiben. „Das können wir durch Landesgesetze nicht unterbinden“, sagt Buchholz, „aber wir können die Einhaltung aller einschlägigen Rechtsnormen umfassend kontrollieren“.

Ist der Hauptzweck eines solchen Café-Casinos der Betrieb der Spielautomaten und nicht der Verkauf von Speisen und Getränken, dann sind sie konsequent von den Bezirksämtern zu schließen. Buchholz: „Die Bezirke brauchen dazu Leitlinien für einen einheitlichen Vollzug, auch das wollen wir mit unseren Parlamentsanträgen erreichen“. Gerade in Gaststätten und Imbissen finden die ersten Kontakte jugendlicher Spielerinnen und Spieler mit Geldspielautomaten statt. Für einen besseren Jugendschutz muss hier angesetzt werden. **cs** □

Frauenrechte:

„Rezeptpflicht aufheben“

Mechthild Rawert: Die „Pille danach“ ist ein Verhütungsmittel, kein Abtreibungsmittel

Die aktuellen Diskussionen zur „Pille danach“ verweisen auf ein grundlegendes Problem: Das sexuelle und reproduktive Selbstbestimmungsrecht von Frauen ist in Deutschland nicht überall gewährleistet.

Im aktuellen Fall einer jungen Kölnerin ging es darum, dass ihr offenbar K.O.-Tropfen verabreicht wurden. Für Stunden willenlos und gedächtnislos gemacht zu werden, ist die erste perfide Demütigung. In dieser Zeit mutmaßlich vergewaltigt zu werden, ist eine weitere erniedrigende Ohnmachtserfahrung. Anschließend für Stunden rechtlos zu werden, weil die eigene Entscheidung, nicht schwanger werden zu wollen, nicht respektiert wird, ist traumatisierend. All das ist einem zivilisierten Rechtsstaat unwürdig und verstößt eklatant gegen Menschen- und Frauenrechte.

Die Diskussion zum „Kölner Skandal“ hat mehrere miteinander verwobene aber getrennt zu diskutierende Ebenen.

Die erste Ebene berührt die von mir mit meinem Antrag „Rezeptfreiheit von Notfallkontrazeptiva Pille danach gewährleisten“ (Drs. 17/11039) im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag angestoßene Debatte um die grundsätzliche Freigabe der Rezeptpflicht der „Pille danach“.

Die zweite Ebene betrifft die Entfremdung der Katholischen Kirche zur Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Auf der dritten Ebene geht es um die flächendeckende Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung auch von Sexualopfern in Regionen mit vielen Krankenhäusern in nicht-öffentlicher Trägerschaft.

WIRKUNG DER „PILLE DANACH“

Die „Pille danach“ sorgt für die Verhinderung einer ungewollten Schwangerschaft und beugt Schwangerschaftsabbrüchen vor: Sie verhindert oder verschiebt den Eisprung, so dass keine Befruchtung stattfindet. Hat eine Befruchtung bereits stattgefunden, verhindert die „Pille danach“ die Einnistung in die Gebärmutter. Ist eine Einnistung der befruchteten Eizelle schon geschehen, wirkt sie nicht mehr. Deshalb muss dieses Nachverhütungsmittel so schnell wie möglich, spätestens 72 Stunden nach einem ungeschützten Geschlechtsverkehr, eingenommen werden.

Bereits im Mai 2012 wurden auf der ASF-Bundesfrauenkonferenz Erfahrungsberichte aus ländlichen und (klein-)städtischen Regionen beim Zugang zur „Pille danach“ diskutiert. Es gibt für viele Frauen, insbesondere die jungen Frauen ohne Führer-



Mechthild Rawert (l.)

schein in ländlichen Gebieten, größte Schwierigkeiten, nach einer Verhütungspanne - u.a. durch ein geplatztes Kondom - die „Pille danach“ in der kurzen Zeit - und dann noch am Wochenende oder nachts - zu bekommen. Beschlossen wurde: Wir Sozialdemokratinnen treten für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau ein und wollen, dass die „Pille danach“ rezeptfrei wird.

REZEPTFREIHEIT DER „PILLE DANACH“ GEWÄHRLEISTEN

Als Gleichstellungs- und Gesundheitspolitikerin weiß ich: Die „Pille danach“ wird in 28 europäischen Ländern und weiteren 60 Ländern weltweit rezeptfrei vertrieben. Nirgendwo wird von gesundheitlichen Schäden für die Frauen oder von der Zunahme von ungeschütztem Sex bzw. einem „auf Leichtfertigkeit“ beruhendem Anstieg beim Umgang mit Verhütungsmitteln berichtet.

Deshalb fordere ich, fordert die SPD-Bundestagsfraktion im Antrag „Rezeptfreiheit von Notfallkontrazeptiva Pille danach gewährleisten“ von der Bundesregierung:

1. eine Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung vorzunehmen, damit die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel nach einer Beratung durch die Apothekerin in der Apotheke frei zu erwerben ist;
2. endlich Studien in Auftrag zu geben, um für Deutschland verlässliche Daten zu Verhaltensweisen beim Gebrauch verschiedener Verhütungsmitteln zu generieren.

Am 27. Februar wird hierzu eine öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag stattfinden. Ich habe bundesweit alle für

den Gesundheitsbereich verantwortlichen SozialdemokratInnen - MinisterInnen und ParlamentarierInnen - angeschrieben und um Unterstützung bei der Durchsetzung der Rezeptfreiheit der „Pille danach“ gebeten. Die Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung bedarf der Zustimmung sowohl von Bundestag als auch Bundesrat. Bis April wollen die rot-grün regierten Bundesländer eine Initiative ausarbeiten, deren Kernpunkt die Aufhebung der Verschreibungspflicht ist.

INSTITUTIONEN OHNE MITGEFÜHL?

Als Mitglied der Katholischen Kirche hat mich die Ablehnung der jungen Kölnerin durch zwei katholische Krankenhäuser zutiefst empört. Mit diesem Mangel an Mitgefühl für eine Frau in Not hadere ich sehr. Die Haltung der Katholischen Kirche zur Abtreibung ist bekannt. Die „Pille danach“ ist aufgrund ihrer Wirkungsweise aber keine „Abtreibungspille“, wie radikale Lebensschützer gezielt falsch informieren. Ich begrüße daher die Richtigstellung des Kölner Kardinals Meisner. Damit ist nun katholischerseits geklärt: Die „Pille danach“ ist ein Verhütungsmittel.

REICHWEITE DES STAATLICHEN VERSORGENSAUFTRAGS

Dürfen mit Steuer- und Beitragsgeldern finanzierte Krankenhäuser die Erbringung medizinischer Leistungen aus moraltheologischen Erwägungen überhaupt ablehnen? Darüber hat nun die NRW-Landesregierung zu befinden. Der Staat kommt seiner Verpflichtung zur Sicherstellung mit stationären Gesundheitsleistungen nach, in dem die einzelnen Bundesländer in ihren Landeskrankenhauplänen festlegen, welches Krankenhaus in welchem Fachgebiet tätig sein darf. Dieser staatliche Versorgungsauftrag ist - zumindest für Opfer von Sexualverbrechen - noch einmal kritisch zu überprüfen.

Der Kölner Skandal verdeutlicht: Wir müssen das gesellschaftliche Bewusstsein für die Rechte der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung der Frau stärken. Seit längerem verweisen Gesundheits- und Genderexpertinnen darauf, dass Frauen in Deutschland im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarinnen beim Recht auf selbstbestimmte Familienplanung, bei der Möglichkeit, Verhütungsmittel zu nutzen, benachteiligt sind. Ich will das ändern. Mach mit!

Mechthild Rawert □

Bildung & Familie:

Über Reparaturen hinausgehen

Swen Schulz: BAföG stärken und zum Drei-Säulen-Modell weiterentwickeln

Das BAföG ist eine großartige Erfolgsgeschichte. Eingeführt unter sozialdemokratischer Führung mit einer FDP, die noch für soziale Themen ansprechbar war, ist es auch heute die zentrale Bildungsfinanzierung für Schüler/innen und Studierende.

Dabei hat das BAföG eine durchaus wechselhafte Geschichte hinter sich. In der Kohl-Ära wurde es immer weiter zusammengestrichen. Erst die rot-grüne Bundesregierung hat mit unserer Bildungsministerin Edelgard Bulmahn das BAföG wieder richtig flott gemacht. Ministerin Annette Schavan wollte das BAföG eigentlich ganz abschaffen. Ich erinnere mich noch sehr genau an die erste gemeinsame Besprechung zu Beginn der Großen Koalition, als Schavan zähneknirschend akzeptieren musste, dass es mit der SPD keine Einschnitte geben würde - aber sie weigerte sich, Verbesserungen zuzusagen.

Es kam dann sogar besser. Wir haben das BAföG auch in der Großen Koalition erhöhen können. Und in Zeiten, als Finanzminister Wolfgang Schäuble noch viel zusätzliches Geld für Bildung zur Verfügung stellte, hat die schwarz-gelbe Koalition das BAföG sogar weiter erhöht. Wenn auch nur, um der Kritik an dem fragwürdigen Stipendien-Programm die Spitze zu nehmen.

Jetzt aber ist der Geldfluss für die Bildung versiegt. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht sogar Kürzungen bei der Bildung vor. In dieser Situation blockiert Schavan auch die nach dem letzten Jahr vorgelegten 19. BAföG-Bericht nötige BAföG-Anpassung. Sie weigert sich einfach, einen Vorschlag vorzulegen. Das ist nicht hinnehmbar, weshalb wir im Bundestag in die Offensive gehen.

Die Sozialerhebung des DSW zeigt, dass für über 80 Prozent der Studierenden aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien ohne BAföG ein Studium nicht möglich ist. Das BAföG ist eine unverzichtbare soziale Errungenschaft, muss aber



Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz fordert eine Stärkung des BAföG. Foto: Büro Schulz

weiterentwickelt werden, damit es seine Aufgabe weiterhin oder sogar besser erfüllen kann. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion habe ich einen Antrag vorgelegt, der gewissermaßen ein Programm für die nächste Legislaturperiode unter rot-grüner Führung sein kann.

Das BAföG muss verbessert und an die Lebensrealitäten der Schüler/innen und Studierenden angepasst werden. Der Antrag beinhaltet viele wichtige „Reparaturen“ etwa hinsichtlich der Bologna-Tauglichkeit des BAföG oder der Entbürokratisierung, der Wohnkostenpauschale oder der Berücksichtigung von individuellen Lebenslagen wie die Pflege von Angehörigen oder die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums, um nur einige der rund 30 Einzelorderungen zu nennen.

Des Weiteren sieht dieser Antrag neben einer Erhöhung der Förderung um drei Prozent insbesondere die Erweiterung des Gefördertenkreises vor, damit mehr Leute in die Förderung kommen. Darum wollen wir die Einkommensfreibeträge um 10 Prozent anheben. Wir legen hier den Schwerpunkt,

weil wir glauben, dass vordringlich nicht die Höhe der Förderung die entscheidende Frage ist, sondern vor allem wer Unterstützung erhält. Das unterscheidet uns übrigens auch von anderen Parteien, die mal wieder den Jahrmarkt im Himmel versprechen.

ZWEI ZUSÄTZLICHE KOMPONENTEN

Über diese „Reparaturen“ innerhalb des bestehenden BAföG hinaus wollen wir es strukturell weiterentwickeln. Das BAföG, wie wir es kennen, möchte ich um zwei Komponenten - das Bildungsgeld und das Null-Zins-Darlehen - ergänzen, so dass die Bildungsförderung auf drei Säulen steht.

Ein einheitliches Bildungsgeld soll als erste Säule der Bildungsfinanzierung dienen. Alle Schüler/innen und Studierenden sollen es mit ihrer Volljährigkeit erhalten. Dafür werden das Kindergeld und steuerliche Freibeträge, auf die es ja einen verfassungsrechtlichen Anspruch gibt und die bislang im Regelfall die Erziehungsberechtigten erhalten, in eine einheitliche Zahlung direkt an die Schüler/innen und Studierenden umgewandelt. Dadurch werden Konflikte innerhalb der Familie vermieden und die Eigenverantwortung der Schüler/innen und Studierenden gestärkt. Und es würde erreicht, dass nicht diejenigen, die mehr verdienen und steuerlich mehr abzusetzen haben, gegenüber den Normal- oder Niedrigverdienern bevorzugt werden.

Die zweite Säule wäre das bekannte - und verbesserte - einkommensabhängige BAföG. Die dritte Säule würde schließlich ein neues Null-Zins-Darlehen sein. Dieses soll bis zur Höhe des Förderhöchstsatzes allen gewährt werden, die nicht die Höchstförderung erhalten oder aber ein wenig mehr verdienen als die Einkommensgrenze vorsieht. Dafür soll eine zweite Einkommensgrenze definiert werden. Wir wollen damit das „Mittelstandsloch“ schließen.

Die Merkel-Regierung hat, das ist deutlich spürbar, gewissermaßen keine echte Verbundenheit mit dem BAföG, sondern hat eine rein taktische Beziehung dazu. Wenn es opportun ist und in den Kram passt, dann wird mal an dem einen oder anderen Rädchen gedreht, aber vielleicht schafft man es im nächsten Jahr auch ab.

Es wird Zeit, dass wieder die SPD die Verantwortung für das BAföG übernimmt. Das BAföG ist ein sozialdemokratisches „Kind“. Es ist wohlgeraten, aber es muss gepflegt und gefördert werden! **Swen Schulz** □

Zahlen zum BAföG

2012 gab es 963.000 BAföG-Empfänger, 47.000 mehr als 2010. Die Zunahme lässt sich allerdings weitgehend auf die Aussetzung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturjahrgänge zurückführen.

Im Durchschnitt erhalten Studierende 452 Euro im Monat. Eine Hälfte ist ein Zuschuss, die andere ein zinsloses Darlehen, das nach dem Studium zurückzuzahlen ist. Der Maximalbetrag für Hochschul-

die noch bei den Eltern wohnen, liegt inklusive Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung bei 495 Euro, für Studierende mit eigener Wohnung bei 670 Euro.

BAföG ist abhängig vom Einkommen der Eltern und/oder des Ehegatten. Die Berechnung ist kompliziert. Mit einer Teilförderung können Studierende rechnen, deren Eltern vor Steuerabzug und Sozialversicherungskosten etwa 40.000 Euro pro Jahr zur Verfügung haben. □

NETZ & POLITIK

Das Netz vergisst nicht und es bringt Sünden aus vergangenen Tagen wieder ans Licht; das zumindest haben die Plagiatsaffären von zu Gutenberg bis Schavan gezeigt. Liegen Texte erst einmal elektronisch vor, ist das Aufdecken von Plagiaten ein Kinderspiel. Im Falle des Freiherren reichte sogar eine gewöhnliche Google-Suche, um einen ersten Verdacht zu wecken, der sich später erhärtete: Laut „Guttenplag“, der Internet-Seite, auf der Plagiatsjäger ihre Entdeckungen zusammenstellten, fanden sich auf 371 von 393 Seiten seiner Dissertation Plagiatsfragmente.

Das Pech des Freiherren war es, dass seine Dissertation vergleichsweise neuen Datums ist und deshalb viele der von ihm übernommenen Texte online auffindbar waren. Jedoch schützt zeitliche Distanz nicht vor Entdeckung: Schavans Dissertation wurde 1980 an der Universität Düsseldorf eingereicht. Die meisten der von ihr verwendeten Texte sind heute veraltet und liegen, wie ihre Doktorarbeit, nur gedruckt vor. Das hat die Recherche erschwert, aber letztlich nicht wirklich verhindert.

Im Zuge dieser Affären hat sich nun eine z.T. befremdliche Debatte entwickelt: Da wird über „anonyme Denunzianten“ und professionelle Plagiatsjäger geklagt, als bestünde der moralische Skandal nicht darin, dass sich die gestürzten Unionsminister Titel erschlichen haben, die auf keinem Wahlplakat fehlen durften.

Da wird „Verjährung“ gefordert - und verschwiegen, dass ein Doktorgrad nur auf Grund von, und als Zeichen einer wissenschaftlichen Leistung vergeben wird, die von den Betrügern nie erbracht wurde. Da wird verlangt, die Eintragung akademischer Grade abzuschaffen - in einem Land, das immer noch erbliche Adelstitel kennt.

Eine richtige Einsicht wäre darüber fast untergegangen: Es kann aus rechtsstaatlichen Gründen nicht sein, dass jede Universität über die Verfahren der Prüfung und ggf. Aberkennung des Doktorgrades nach eigenen Regeln entscheidet.

In der causa Schavan etwa wurde weder der Doktorvater gehört, noch ein Zweitgutachten eingeholt oder der Beschuldigten die Möglichkeit gegeben, zu den Vorwürfen sachlich und rechtlich Stellung zu nehmen. Das Verfahren ähnelte der Kabinettsjustiz des 18. Jahrhunderts.

Am Ende von Schavans Klage vor dem Verwaltungsgericht stehen hoffentlich gerichtsfeste Standards, die der Kleinstaatelei auch hier ein Ende setzen.

Daniel Gruschke □

Arbeitsmarkt:

Keine Sicherheit

Hochschulabsolventen oft nur befristet beschäftigt

Auf ihrer familienpolitischen Tagung Ende Januar hat die Berliner SPD über die Rahmenbedingungen diskutiert, die junge Paare haben müssen, um sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dabei spielt auch der Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle.

Unsichere Arbeitsplätze gibt es nicht nur im Niedriglohsektor. Bis zu 80 Prozent der Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind befristet beschäftigt. Das hat eine Umfrage des Internetportals www.absolventen-lohnspiegel.de der Hans-Böckler-Stiftung ergeben, bei der Daten von rund 4.300 Befragten ausgewertet wurden.

Von jungen Akademikerinnen und Akademikern mit bis zu einem Jahr Berufserfahrung haben rund 34 Prozent eine befristete Beschäftigung. Bei den Akademikern mit zwei bis drei Jahren Berufserfahrung geht der Anteil der befristet Beschäftigten auf rund 18 Prozent zurück. In der Gesamtgruppe der akademisch Ausgebildeten mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung hat jeder vierte einen befristeten Vertrag.

Zwischen den Branchen bestehen große Unterschiede. Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen haben die höchste Quote: Hier sind 81 Prozent der akademisch ausgebildeten Berufsanfänger mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung befristet beschäftigt.

Ebenfalls sehr hoch ist der Anteil bei „Sonstiger Erwachsenenbildung und Unterricht“ mit 72 Prozent, in Krankenhäusern mit 60 Prozent und im Bereich öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung mit 54 Prozent. Niedrigere Werte weisen z.B. unternehmensbezogene Dienstleistungen mit 27 Prozent und der Einzelhandel mit 24 Prozent auf. Ganz am Ende der Skala bewegen sich die Energieversorgung mit 12 Prozent, die chemische Industrie mit 11 Prozent und der Fahrzeugbau mit 6 Prozent befristet beschäftigten Akademikern.

„Diese Daten zeigen, dass dringender Regulierungsbedarf besteht“ sagt der Leiter der Lohnspiegeldatenbank und WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. Auch bei den Einkommen seien die befristet Beschäftigten im Nachteil. Das monatliche Durchschnittseinkommen der akademischen Berufseinsteiger mit befristetem Vertrag beträgt rund 2.940 Euro. Es fällt damit gut 19 Prozent niedriger aus als das Einkommen von unbefristet beschäftigten Berufseinsteigern mit 3.640 Euro. Auch hier zeigen sich erhebliche Unterschiede nach Branchen: Am stärksten ist der Einkommensrückstand mit 38 Prozent im Einzelhandel, gefolgt vom Bereich Ver- und Entsorgung mit 24 Prozent, den unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit 22 Prozent. **PM □**

Familienpolitik fehlgesteuert

Fritz Felgentreu mahnt durchgreifende Reform an

Der Neuköllner SPD-Vorsitzende Fritz Felgentreu hat sich erfreut über die Reaktionen auf einen Bericht des SPIEGEL zur Fehlsteuerung von Familienpolitik in Deutschland gezeigt.

„Seit drei Jahren fordert die Neuköllner SPD eine durchgreifende Reform der Familienpolitik. Es ist gut, dass sich endlich die ganze Republik für das Thema interessiert“, so Felgentreu. „Die Strukturen, die wir haben, sind falsch und schädlich. Wir haben heute nur noch halb so viele Kinder wie in den sechziger Jahren - aber siebzehnmals so viele Kinder, die von Sozialleistungen leben. Das hält das System auf Dauer nicht aus: Ohne Beschäftigte keine Beiträge, ohne Beiträge kein Sozialstaat. Wir brauchen erstens mehr Kinder, zweitens müssen die Kinder, die wir haben, den Einstieg ins Berufsleben schaffen, und drittens brauchen wir mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften.“ Hier müsse die Bundesregierung endlich handeln. Eine OECD-Studie zeige, dass sie sich nicht aus-

reichend um ausländische Fachkräfte bemühe.

„Die notwendige Reform in der Familienpolitik muss auf Kita und Schule setzen“, erklärte Felgentreu. „Ein erstklassiges Bildungs- und Betreuungsangebot für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr hilft berufstätigen Eltern mehr als jede Kindergeld-Erhöhung. Und die Kinder aus Unterschicht-Familien ohne Arbeit können nur in Kita und Schule die Dinge lernen, die sie für ein Leben ohne Hartz IV brauchen. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: weg von der Familienförderung durch Geldüberweisung auf das Konto der Eltern und hin zur Stärkung der Bildungsinstitutionen.“

Wer über Geld reden wolle, sollte vor allem darüber nachdenken, wie Familien mit kleinen und mittleren Einkommen von Steuern und Abgaben entlastet werden können, mahnt Felgentreu. „Dabei muss klar sein: Familie ist da, wo Kinder sind - ob mit oder Trauschein.“ **PM □**

Kartellrecht:

Die lila Kuh und das Bußgeld

Hans Willi Weinzen: Kartellstrafen für den Verbraucherschutz nutzen

Die lila Kuh hat uns betrogen. Genau-er gesagt die Kraft Foods Deutschland GmbH, welche die Schokolade verkauft, die sie mit einer lila Kuh bewirbt. Durch Kartellabsprache mit der Alfred Ritter GmbH & Co. KG wurden im Jahr 2007 die empfohlenen Endverbraucherpreise schlagartig um zehn bis fünfzehn Cent pro 100-Gramm-Schokoladentafel erhöht. Nun muß die lila Kuh ein Bußgeld von rund 21,7 Mio. Euro zahlen. Die Quadratschokoladenfirma zahlt nichts, weil sie die Kartellabsprache verpetzt hat und von der Kronzeugenregelung im deutschen Kartellgesetz profitiert.

Die Goldbären, der Marsriegel, die Kateskätzchen, die Storckriesen und viele andere haben uns auch betrogen, genauer gesagt die Konzerne, die diese Süßigkeiten verkaufen. Deshalb wurden in anderen Verfahren weitere Kartellbußen vom Bundeskartellamt verhängt. Mit der lila Kuh zusammen immerhin über 60 Millionen Euro.

VERBRAUCHER GEHEN
LEER AUS

Die geschädigten Verbraucher erhalten wieder einmal keinen Cent, das Geld geht wie in den zahllosen anderen Kartellverfahren in den Haushalt von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der erst vor kurzem wieder durch seinen Staatssekretär abgelehnt hat, auch nur einen müden Euro von den Kartellbußen für die Verbraucher zu verwenden.

Wer das zugunsten der Verbraucher ändern will, muß das Kartellgesetz ändern. Die Koalitionsvereinbarung der Berliner SPD und CDU für die laufende Legislaturperiode sah daher vor, eine Bundesratsinitiative zu prüfen, mit der künftig Kartellbußen vorwiegend zur Förderung des Verbraucherschutzes verwendet werden können.

Als Nordrhein-Westfalen im Bundesrat im vorigen Jahr seinen entsprechenden Ergänzungsantrag zur achten Novelle des Kartellgesetzes einbrachte, unterstützte Berlin (schwarz-rot) diesen rot-grünen Antrag, immerhin 20 % der Kartellbußen künftig zur Förderung des Verbraucherschutzes zu verwenden. Obgleich dieser Antrag im Bundesrat eine Mehrheit fand, blieb die schwarz-gelbe Bundesregierung bei ihrer Ablehnung.

Auch ein abgeschwächter Antrag im nächsten Bundesratsdurchgang - ohne Prozentzahl - versandete. Er fand irgendwie



Bundeskartellamt: Amtssitz in Bonn. Fotos: Pressestelle Bundeskartellamt

keinen Platz in der Anrufung des Vermittlungsausschusses und ist somit unabhängig vom Ausgang dieses Vermittlungsverfahrens gescheitert. Bei einer Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat verbleiben nämlich nur ausdrücklich in der Anrufung genannte Sachverhalte noch im Vermittlungsverfahren.

Auch für die Zeit nach der kommenden Bundestagswahl bleibt die Verwendung von Kartellbußen zur Förderung des Verbraucherschutzes demnach erst noch durchzusetzen. § 82 a Abs. 2 letzter Satz GWB bestimmt einstweilen leider weiterhin: „Die Geldbußen und die Geldbeträge, deren Verfall angeordnet wurde, fließen der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.“ (BGBl. I S. 2138) Dieser § 82 a Abs. 2 letzter Satz des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung sollte endlich um den folgenden Satz ergänzt werden: „Sie werden für den Verbraucherschutz verwendet.“

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes: „Im Jahr 2007 waren die Preise wichtiger Rohstoffe für die Schokoladenherstellung, wie Milch und Kakao, deutlich angestiegen. Einzelne Unternehmen wollten offensichtlich auf Nummer sicher gehen, dass sie ihre gestiegenen Kosten einfach an die Verbraucher durchreichen können. Statt einer unternehmerischen Lösung entschied man sich in dieser Situation für ein illegales Vorgehen. Der Wettbewerb mit der Konkurrenz wurde kurzerhand ausgeschaltet und die Kunden mit abgesprochenen Preissteigerungen belastet.“ (aus der Pressemitteilung des Bundeskartellamtes vom 31. Januar 2013)

Die derzeitige Regelung zugunsten des Bundes wurde erst mit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen von der Bundesregierung betrieben und damals wie folgt begründet: „Angesichts des regelmäßig im Wesentlichen beim Bundeskartellamt angefallenen Sach- und Personalaufwandes und künftig auch der Vollstreckungstätigkeit ist es sachgerecht, dass die Geldbuße der Bundeskasse zufließt.“ (Bundestags-Drs. Nr. 15/3640 S.68)

§ 82 a Abs. 2 letzter Satz wird im Bundeshaushaltsplan gegenwärtig in der Weise umgesetzt, dass in Kapitel 09 17 Bundeskartellamt Titel 112 01 Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten die erwarteten Einnahmen vereinnahmt werden. Für das laufende Jahr 2013 werden dort stolze 192 Mio. Euro erwartet. Das ganze Bundeskartellamt kostet in diesem Jahr, wenn man alle geplanten Ausgaben addiert, lediglich 27 Millionen Euro. Selbst wenn man dem Gedanken folgen würde, dass Ordnungsverwaltung aus den von ihr erfolgreich begehrten Geldbußen zu finanzieren ist, ergibt sich eine erhebliche Überdeckung.

Gänzlich aus dem Blick bleibt zudem, dass durch Kartellabsprachen letztlich immer auch Verbraucher geschädigt werden. Da die Verbraucher durch Kartellverstöße geschädigt wurden, sollten zumindest dafür verhängte Bußen ihnen auch möglichst wieder zugute kommen. Die Förderung des Verbraucherschutzes bietet sich als einfacher Weg dafür an. Da der einzelne geschädigte Verbraucher so gut wie nie entschädigt wird und auch die Verwendung von Geldbußen zur Entschädigung weder rechtlich noch praktisch machbar erscheint, sollten die kartellrechtlichen Geldbußen künftig vom Bund zur Förderung der Arbeit der Verbraucherverbände verwendet werden.

FORDERUNG IM
WAHLPROGRAMM

Das Wahlprogramm der SPD zur kommenden Bundestagswahl sollte dies klar und eindeutig fordern. So wie es auch der beschlossene Initiativantrag des vom Parteivorstand am 01. Dezember 2012 erstmals zusammengerufenen Themenforums Verbraucherschutz für dieses Bundestagswahlprogramm bereits gefordert hat. Kartellstrafen endlich für Verbraucherschutz nutzen. Sobald Schwarz-Gelb abgelöst ist. Und davor auch hier klare Kante zeigen.

Dr. Hans Willi Weinzen □

Als Sozi unter Piraten

Wolfgang Gründingers „Selbstversuch“ zur Bundestagswahl 2013

Der Eintritt bei den Piraten hat sich für Wolfgang Gründinger gelohnt. Herausgegeben sind dabei 224 Seiten, die jetzt gebunden als Buch vorliegen. „Meine kleine Volkspartei“ heißt es. Ein „Selbstversuch“ sei es, schreibt der Verlag. Immerhin einer, bei dem der Autor nicht bergeweise Fastfood in sich zwingen, sondern nur stundenlange Reden ertragen musste.

Das Buch handelt von einem Sozi, der absichtlich Pirat wurde. Denn Gründinger, Autor, Demokratieforscher, Mitglied im „Think Tank 30“ des Club of Rome, ist vor 12 Jahren in die SPD eingetreten. Er engagiert sich bei den Jusos. Und er beschreibt seine Hoffnungen und seine Enttäuschungen mit dieser Partei.

Er tritt nicht aus, aber er tritt ein - bei den Piraten. Die erlauben Doppelmitgliedschaften, die SPD-Satzung sieht das nicht vor. Gründinger beklagt dies. „Wenn ich mir soziale Gerechtigkeit und eine ökologische Industriegesellschaft wünsche - kann ich dann nicht SPD und Grüne unterstützen, gegen die Konservativen und Neoliberalen? Macht mich das zu einem schlechteren Menschen, der das Parteiensystem nicht kapiert?“

Vielleicht muss er formal so argumentieren, sonst wäre die Geschichte des „Sozi unter Piraten“ hier schon zu Ende. Ein paar Seiten weiter aber beklagt Gründinger, dass kaum jemand in seinem Bekanntenkreis sagen könne, er vertraue der SPD „ohne sich dabei die Zunge zu verdrehen“. Ob das Vertrauen wieder wächst, wenn die Bürgerinnen und Bürger die SPD-Mitglieder in der einen Woche am Infostand mit dem roten Schirmchen treffen und am nächsten Wochenende gegenüber am orangenen? Parteien sollen an der Willensbildung mitwirken, ihre Debatten können und sollen in die Gesellschaft wirken. Ist es da wirklich besser, wenn die Parteimitglieder heute in der einen Partei und morgen in der anderen mitdiskutieren?

So sehr sich Gründinger bemüht, Gerechtigkeit walten zu lassen („Politiker haben einen Knochenjob, opfern ihre Freizeit für unendliche Sitzungen...“), so sehr bedient er andererseits Klischees. „Bei der SPD tagen so ziemlich alle Gremien im rezensartigen Hinterzimmer - und ohne öffentliches Protokoll“, stellt er fest. Also nur Gemauschel? Dabei ist eigentlich auch die SPD längst im Zeitalter der im Internet angekündigten offenen Mitglieder- und Vorstandssitzungen angekommen.

„Die Wahl des Kanzlerkandidaten folgt dem Gesetz, dass der Parteivorsitzende ein ‚Vorgrieffrecht‘ hat, d.h. der Parteivorsit-



Wolfgang Gründinger: Gastauftritt auf dem Berliner SPD-Landesparteitag. Foto Horb.

Wolfgang Gründinger: Meine kleine Volkspartei, Von einem Sozi, der absichtlich Pirat wurde, Eichborn Verlag 2013, 224 S., 12,99 (eBook: 9,99), ISBN-10: 3847905244

zende besitzt das natürliche Privileg, sich zum Kanzlerkandidaten auszurufen“, klagt Gründinger. Nimmt man statt „Vorgrieffrecht“ den üblicherweise in diesem Zusammenhang genutzten Begriff „Vorschlagsrecht“, relativiert sich das bereits. „Kampfkandidaturen“ passen nicht ins Bild, schreibt Gründinger. Tatsächlich tun sich Parteien damit schwerer, seit interessierte Medien daraus die innere Zerrissenheit ableiten und sie für „nur noch mit sich selbst beschäftigt“ erklären. Aber die Geschichte der SPD ist voller Kampfkandidaturen. Man muss nicht bis zu Willy Brandt zurückgehen, ein Blick auf die letzte Vorstandswahl in Berlin reicht. Wichtiger dürfte es für Parteien sein, dass sich nach einer getroffenen Entscheidung alle wieder gemeinsam an die Arbeit machen. Dabei helfen gemeinsame Grundwerte und Überzeugungen, die stabiler sind als die Zugehörigkeit zu einem innerparteilichen Lager. Und genau das ist bei den Piraten nach der letzten Vorstandswahl nicht zu erkennen gewesen. Auch das ist wohl eine Erklärung für ihren Absturz in den Meinungsumfragen.

In einigen Punkten bleibt der Autor eher unentschlossen. Er klagt darüber, dass die SPD Seiteneinsteigern keine Chancen bietet, dass die „Ochsentour“, also das jahrelange Absolvieren von Pflichtterminen, Voraussetzung für Funktionen sei. Folgt man seiner Beschreibung, führt dies zu abgeschliffenen und letztlich weitgehend auswechselbaren Parteivertretern. „Die ‚Immobilien und Zeitreichen‘ gewinnen das Rennen“, so Gründinger. Andererseits, so

gibt er zu, sei es auch nicht verkehrt, die Partei und ihre Wähler zu kennen. Und letztlich konstatiert er auch bei den Piraten den Drang zur „Ochsentour“. Der hat ja vielleicht etwas damit zu tun, dass es inzwischen selbst bei den Piraten mehr Mitglieder als Funktionen gibt.

Daneben findet sich in Gründingers Buch viel richtige Beschreibung. Da gibt es gewachsenes Misstrauen gegenüber den großen Parteien, die Piraten erschienen vielen als unverbraucht und frisch. Ihre Mitglieder verwenden das Internet und gucken nicht nur rein. Und auch wenn andere Parteien ebenfalls versuchen, möglichst viele Mitglieder und Außenstehende an Entscheidungen zu beteiligen (und dabei oft an mangelndem Interesse scheitern), bei den Piraten werden Verfahren erprobt, Beteiligung anders zu organisieren und Entscheidungen transparenter zu machen. Es sollte weniger in Hierarchien gedacht werden, jeder kann sich im Internet vorstellen und für alles kandidieren. Der Vorstand soll nur organisieren und nicht kommentieren.

Gründinger befasst sich auch mit den Schattenseiten der neuen Systeme, die oft arg kompliziert sind. Und er muss feststellen: „Offenbar ist der Schwarm nicht so intelligent wie erhofft. Eher glänzen im Liquid Feedback unreflektierte Stimmung Meinungen.“ Als eines von mehreren Beispielen führt er den Piraten-Beschluss an, den Atomausstieg innerhalb von nur vier Jahren zu organisieren. Der Forderung aus Piratenkreisen, Renten von der Besteuerung auszunehmen, tritt Gründinger mit typisch sozialdemokratischer Argumentation entgegen: Da müsse man doch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beachten, das anders entschieden hat.

Gründinger schreibt über unterschiedliche Denkweisen und unterschiedliche Lebenswelten. Aber es kommen auch viele gemeinsame Sichtweisen zutage. „Gläserne Abgeordnete“ gab es bei der SPD schon vor der Erfindung der Transparenz durch die Piraten. Und Internetbeteiligungsmöglichkeiten werden zunehmend auch in SPD-Gliederungen erprobt. „Die Piraten werden von den anderen Parteien unterschätzt, aber sie überschätzen sich selbst.“

Er habe, schreibt Gründinger, „in dieser Affäre“ auch seine SPD wieder lieben gelernt. „Die SPD hatte fünf Jahre gebraucht, um mich zu frustrieren; die Piraten brauchten dafür fünf Monate.“ Wirklich entmutigen lassen dürfe sich niemand, so Gründinger in den Schlusszeilen: „Wir müssen alle anpacken, um unsere Demokratie zu reparieren. Es ist Zeit für Helden.“ **Ulrich Horb** □

Vertrauen in die Demokratie geschaffen

Vor 15 Jahren starb der Treptower Bezirksbürgermeister Michael Brückner

Am 14. März jährt sich zum 15. Mal der Todestag des viel zu früh verstorbenen Treptower Bezirksbürgermeisters Michael Brückner. Der Elektro-Ingenieur Brückner war 1990 zum ersten frei gewählten Bezirksbürgermeister Treptows nach der friedlichen Revolution gewählt worden.

Seit November 1989 war Michael Brückner, der aus einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus stammte, Mitglied der SDP und baute den Ortsverein Niederschöneweide auf. Im April 1990 entschied eine Vollversammlung der Sozialdemokraten in Treptow, den Investbauleiter des Funkwerkes Köpenick als Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters aufzustellen.

Brückner kannte „die normalen Leute“, strahlte Ruhe und Sicherheit aus, zeigte aber Durchsetzungsvermögen. Das überzeugte die SPD-Basis, aber auch die Wählerinnen und Wähler. Eine Koalition aus SPD, CDU und Grünen wählte Brückner am 31. Mai 1990 zum Bezirksbürgermeister.



Treptows Bezirksbürgermeister Michael Brückner starb vor 15 Jahren.

Die Probleme waren drängend: die Verwaltung musste umgebaut, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorbereitet, die Wohnraumknappheit bewältigt werden. Als seine wichtigsten Ziele nannte Brückner daneben die Beseitigung der vielen Sackgassen durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Aufbau eines gläsernen Rathauses, das für alle Bürgerinnen und Bürger offen ist und eine

gute Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden, vor allen mit den Brandenburger Nachbarn.

In seiner Amtszeit beförderte er vor allem den Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Adlershof sowie den Um- und Neubau von Wohngebieten in Altglienicke und an der Elsenstraße.

Michael Brückner ist es innerhalb kürzester Zeit gelungen, Vertrauen in die Demokratie aufzubauen und den Bezirk Treptow ein neues Gesicht zu geben: mit einer bürgerfreundlicheren Verwaltung und neuen Arbeitsplätzen in Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Verdienste bleiben unvergessen. Zur Erinnerung an Michael Brückner sind in Niederschöneweide eine Straße und das Bürgeramt nach ihm benannt worden.

Oliver Igel □

➡ Michael Brückners Todestag wird mit einem stillen Gedenken an seinem Grab auf dem Adlershofer Waldfriedhof am 14. März um 13 Uhr begangen. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Buch:

„Mehr Demokratie wagen“

Peter Brandt und Detlef Lehnert legen eine Geschichte der Sozialdemokratie ab 1830 vor

Zum SPD-Jubiläumsjahr ist im Vorwärts-Verlag unter dem Titel „Mehr Demokratie wagen“ eine „Geschichte der Sozialdemokratie 1830 - 2010“ erschienen. Der Titel und die ausgewählte Zeitspanne machen deutlich, dass es den beiden Autoren Peter Brandt und Detlef Lehnert um mehr geht als die Beschreibung einer Parteigeschichte. Es ist eine Ideengeschichte, die ihre Anfänge im Freiheitskampf nimmt, der in die Revolution von 1848 mündet.

Die beiden Historiker haben ihr Buch in Abschnitte von jeweils 30 Jahren eingeteilt, die - natürlich nicht immer vollständig trennscharf - geschichtlich wichtigen Phasen und Veränderungen folgen. Stehen die ersten dreißig Jahre von 1830 an unter dem Motto „Zwischen Utopien und Revolutionen“, so folgt ab 1860 der Parteaufbau: „Von den Agitationsvereinen zur Parteiorganisation“ und im folgenden Abschnitte der „Aufstieg zur Massenbewegung“ mit ihren politischen Bewährungsproben vor allem mit dem 1. Weltkrieg und dem Aufbau der Republik. Zwischen 1920 und 1950 folgt die Phase der „Krisen und Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie“, die die Weimarer Republik, die Verfolgung während der Nazizeit, aber auch die Zwangsvereinigung umfasst. „Neuori-

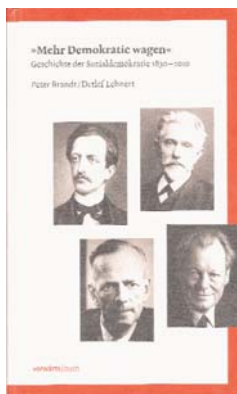
entierung und Öffnung der SPD“ überschreiben die Historiker die Phase zwischen 1950 und 1980. Mit einer Frage endet der letzte Abschnitt zwischen 1980 und 2010: „Umbruch oder Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts?“

Deutlich werden die Wechselwirkungen herausgearbeitet: Was hat die Entwicklung der Sozialdemokratie beeinflusst, wie hat die Sozialdemokratie das Land verändert? Und die Autoren spüren den durchgängigen Mustern nach. Die Fortführung der Freiheitsbewegung und der Kampf um gleiche Rechte standen am Beginn. Sie finden ihre Entsprechung in der Rede von Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz der Nazis. Und es ist Willy Brandt, der mit der For-

derung „Mehr Demokratie wagen“ eine neue Aufbruchstimmung auslöste. „Mehr Demokratie wagen und allen Menschen die solidarische Teilhabe an materiellen und ideellen Fortschritten zu erschließen, kann als Motto ‚linker‘, progressiver Politik im Unterschied zu ‚rechten‘, konservativen Tendenzen gelten“, heißt es in der Einleitung.

Viele Auseinandersetzungen haben den Weg der Sozialdemokratie bestimmt. Und schon zu Zeiten Bernsteins wurde der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ geprägt, lange bevor er zur Abgrenzung von der bolschewistischen Variante des Staatssozialismus benötigt wurde, wie die Autoren anmerken.

Mit gebührender Vorsicht werden Lehren aus der Geschichte gezogen. Ihre stärksten Phasen, so die Autoren, hatte die Sozialdemokratie während ökonomischer Expansionsphasen, „die nicht nur die Arbeiterbevölkerung mehrten, sondern auch ihre Verhandlungs- und Konfliktposition stärkten“. Und dass sich die Sozialdemokratie von 1987 bis 2009 insgesamt ein Dutzend Wechsel im Parteivorsitz erlaubte, wird auch als mitverursachend für den negativen Trend dieser Zeit gewertet. Mit ihrer langen Geschichte kann sich die Sozialdemokratie Kontinuität erlauben. **U.H.** □



„Mehr Demokratie wagen“: Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010, Peter Brandt, Detlef Lehnert. Gebundene Ausgabe, 296 Seiten Vorwärts Buch; 2012, ISBN-10: 3866020929, EUR 20.

Gedenktage:

25.2.1928 - vor 85 Jahren: Herbert Grigers in Gleiwitz/Oberschlesien geboren, 1970-1981 Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, gestorben am 22. Mai 1983 in Berlin

27.2.1933 - vor 80 Jahren: Letzte große Kundgebung der Berliner SPD im Sportpalast

27./28.2.1933 - vor 80 Jahren: Reichstagsbrand

27.2.1943 - vor 70 Jahren: Martha Wygodzinski im KZ Theresienstadt verstorben. Geboren in Berlin 2.7.1869, SPD, Stadtverordnete 1920-25

28.2.1873 - vor 140 Jahren: „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ von Pauline Staegemann u.a. als erste sozialdemokratische Frauenorganisation gegründet

4.3.1933 - vor 80 Jahren: die letzte Ausgabe der SPD-Zeitung „Vorwärts“ nach der Machtübernahme der Nazis erscheint

8.3.1983 - vor 30 Jahren: Dr. Hans-Jochen Vogel zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt

Trauer um Gerhard Melitz

Am 5. Februar ist der Friedrichshain-Kreuzberger Sozialdemokrat Gerhard Melitz im Alter von 85 Jahren verstorben. Für seine Weggefährten kam der Tod überraschend: Noch in der letzten Zusammenkunft der AG6oplus Friedrichshain-Kreuzberg im AWO-Café in der Oranienstraße war er engagiert bei der Sache.

Am 1.11. 1954 trat Gerhard Melitz in die SPD ein, aktiv von 1957 bis 1961 in der Betriebsgruppe der Polizei. Seine Lebensaufgabe fand er als Kontaktbereichsbeamter. Rund um das Rathaus Kreuzberg war Gerhard das Gesicht der Polizei, ansprechbar für jeden und bekannt „wie ein bunter Hund“. Durch seine ruhige und korrekte Art konnte er gut mit Konflikten umgehen.

Das Wohl des Kiezes: Herzenssache von Gerhard Melitz. Die regelmäßige Rückkopplung der aktuellen Lage war fester Bestandteil der Gespräche mit dem damaligen BVV-Vorsteher Jupp Schröder vor jeder Bezirksverordnetenversammlung.

Gerhard war kein Kind von Traurigkeit, er liebte den Jazz und besuchte so oft er konnte die Konzerte im Yorckschlösschen.

Von seinen langjährigen Erfahrungen in Partei und Beruf haben viele profitiert. Seine letzte Ruhe fand er in „seinem“ Kreuzberg auf dem Friedrichwerderschen Friedhof an der Bergmannstraße. Wir vermissen Gerhard. **Hannelore Rath-Kohl** □

Gedenktafel für Rosa Luxemburg

Am Haus in der Wielandstraße 23 in Friedenau wird Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler am Mittwoch, dem 13. März 2013 um 11.00 Uhr eine Gedenktafel zur Erinnerung an Rosa Luxemburg der Öffentlichkeit übergeben. Damit wird ein Beschluss der BVV umgesetzt. Frau Prof. Dr. Laschitza (u. a. Herausgeberin der Gesammelten Briefe und Werke) wird vor Ort zum Leben und Werk Rosa Luxemburgs reden.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- 23.02.2013, 10:00 - 12:00 SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichtenfelde Ost und Süd, **Informationsstand** vor Kaiser's, Osdorfer Straße, 12207 Berlin
- 23.02.2013, 11:00, SPD BVV Fraktion Mitte, **Die neue Müllerhalle - was ist geplant?** Fra-bea, Afrikanischen Straße 90, 13353 Berlin
- 25.02.2013, 19:00 ASF Marzahn-Hellersdorf, **Nachwahl der Schriftführerin + Nominierung für die KDV**, Altes Rathaus Marzahn, Raum 1001, Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin
- 26.02.2013, 19:00 - 21:30, Daniel Buchholz, MdA | Fachausschuss Natur, Energie, Umweltschutz, „**Regenwassermanagement in Berlin – wie steht es um geeignete Kapazitäten für Retention und Versickerung zum Schutz der Oberflächengewässer?**“ Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 26.02.2013, 19:00, AGS Spandau, **Das duale Schulsystem und die Ausbildungsreife von Schulabgängern**, mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin
- 26.02.2013, 19:00, SPD Köpenick Nord und Allende/Wendenschloß, **Öffentliche Diskussion: Sicherheit in Köpenick – Sicherheit im Kiez**, Tom Schreiber, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, im Gespräch mit Vertretern des Köpenicker Polizeiabschnittes 66 in der Karlstraße und der Feuerwache Köpenick. Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 27.02.2013, 17:00 - 18:00 h, **Sprechstunde Karin Halsch, MdA** Lichtenberg, Bürgerbüro Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 27.02.2013, 18:00, Torsten Schneider, MdA | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Von links nach rechts: Bedrohungen für Demokratie und Menschenrechte in Russland und in der Ukraine**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 27.02.2013, 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Rund um den Lietzensee, **Arbeiterwiderstand gegen den Nationalsozialismus** – Eine Würdigung anlässlich des 80. Jahrestages des Reichstagsbrandes, mit Käte Stegmeier, eine Zeitzeugin aus der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, und Prof. Dr. Helga Grebing, Mitglied der historischen Kommission beim SPD PV Villa Oppenheim, Bezirksmuseum Charlottenburg-Wilmersdorf, Schloßstraße 55, 14059 Berlin
- 28.02.2013, 19:30, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Frauen und Arbeitsmarktpolitik** - Problem oder Potential für Charlottenburg-Wilmersdorf - mit Dilek Kolat, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 28.02.2013, 19:00, AfA - SPD Mitte, **Im Dialog: SPD und Beschäftigtenvertretungen aus Mitte**, mit Anette Kramme, MdB, Arbeits-

markt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion, Löwenbräu am Gendarmenmarkt, Kutscherstube, Leipziger Str. 65, 10117 Berlin. Bitte anmelden unter Frank.Kirstan@t-online.de

■ 28.02.2013, 19:00, SPD Neukölln - Abt. Britz und Die Falken, **Roter Salon: Politik in sozialen Brennpunkten**, mit Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin, SJD - Die Falken Neukölln, Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidtstraße 37, 12359 Berlin

■ 04.03.2013, 20:00, SPD Berlin, Bundestagswahlprogramm 2013 - **Mitgliederforum der SPD Berlin**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140-141, 10963 Berlin, ÖPNV: U6 + U1 Hallelisches Tor, M41, Anmeldung erbeten bis 28. Februar 2013

■ 04.03.2013, 18:00 - 19:30, Ülker Radziwill, MdA | Fachausschuss Gesundheit und Soziales, **Kündigung der Berliner Rahmenvereinbarung (BRV) - normaler Vorgang oder Provokation?** mit Martin Matz, Diakonisches Werk, Vorsitzender der LIGA, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 05.03.2013, 19:30, **Stammtisch Schwusos Neukölln**, Erika & Hilde, Weigandufer 9, 12045 Berlin

■ 05.03.2013, 12:30 - 14:00, Bruni Wildenheilm-Lauterbach, MdA Mitte, **Telefonische Sprechstunde** unter der Telefonnummer 23 25 - 22 97

■ 06.03.2013, 19:00, Freundeskreis der Stadtbibliothek, **Lesung und Diskussion: Marianne Suhr - Wir sind angekommen**, Was ist Heimat? Warum und wie fühlt man „deutsch“? Wie wichtig ist die Landessprache für Eingewanderte? Ingeborg-Bachmann-Bibliothek, Nehringstraße 10, 14059 Berlin

■ 06.03.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Wie weiter mit der Bahn?** Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 08.03.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Ein Schmuggelfund aus dem KZ** - Eine Lesung zur Flamenco-Gitarre von Constanze Jaiser und Jacob David Pampuch, Herrenhaus der Domäne Dahlem, Königin-Luise-Straße 49, 14195 Berlin

■ 09.03.2013, 11:00 - 14:00, ASF Mitte, **Frauenfrühstück anlässlich des Internationalen Frauentages**, Mit dabei sind die ASF-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Eva Högl, die Arbeits- und Frauensensorin Dilek Kolat und die Landesgeschäftsführerin der SPD Berlin Kirstin Fussen, sowie Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Bezirksverordnete, Weiberwirtschaft, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin

■ 12.03.2013, 19:00, **Fraktion vor Ort: Deutschlands Engagement im Nahen Osten, Türkei/Syrien und Afghanistan**, mit Rolf Mützenich, MdB, und Swen Schulz, MdB - Spandau, Kulturzentrum „gemischtes“, Sandstraße 41, 13593 Berlin

■ mehr Termine unter: www.spd-berlin.de/termine

Termine des August Bebel Instituts

Sa 23. Februar, 15–19 Uhr - Crashkurs: Gentrifizierung – nächster Halt Wedding?

Die Gentrifizierung, also die „Aufwertung“ von innenstadtnahen Wohngebieten, geht in Berlin scheinbar unaufhaltsam voran. Erst Mitte, dann Prenzlauer Berg, kürzlich Friedrichshain, jetzt Kreuzberg und Teile Neuköllns. Ist nun der Wedding dran? Ist Gentrifizierung ausschließlich gleichbedeutend mit der Ausgrenzung oder Vertreibung? Bewirken steigende Mieten als ein Merkmal der Gentrifizierung so weitreichende soziale und kulturelle Veränderungen, dass ein Kiez für immer sein Gesicht verliert? Unsere Vortragsveranstaltung informiert über diese Fragen. Im anschließenden Workshop wird gemeinsam die Entwicklung im Wedding am Beispiel Sprengelkiez untersucht und gefragt, was Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort tun können.

Den Vortrag hält Dr. Andrej Holm (Stadtsoziologe, HU Berlin), den Workshop leitet Çağla İlk (Architektin und Kunstproduzentin). Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement Sparrplatz statt und ist Teil der Reihe „Wedding-Seminare“.

Vortrag um 15 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Workshop ab 17 Uhr

Sa 9. März, 11–15.30 Uhr; Wohnungsgenossenschaften vor Ort – eine Bustour durch Tempelhof-Schöneberg

Der nächste Halt der Reihe mit Bustouren zum Thema Wohnungsgenossenschaften ist Tempelhof-Schöneberg. Schwerpunkte sind nicht nur interessante architektonische Lösungen, sondern vor allem auch sozialkulturelle Ansätze mit ihrer Ausstrahlung ins Stadtquartier. Der „Dritte Weg des genossenschaftlichen Wohnens zwischen Eigentum und Miete“ zeigt sich hier mit einer beachtlichen Bandbreite: Die Route führt vorbei an Reformsiedlungen der 1920er Jahre, die unter dem Motto „traditionell-modern“ heutige Anforderungen an das Wohnen vorwegnahmen.

Im Altstadtkiez werden Gemeinschaftseinrichtungen und Kooperationsmodelle besucht, und auch in der Großsiedlung ist genossenschaftliches Engagement zu finden. Vor Ort gibt es Treffen mit Akteuren und Bewohner/innen.

Mit: Renate Amann, Architektin, Geschäftsführerin des Genossenschaftsforums e.V. und Autorin von „Wohnungsgenossenschaften vor Ort – Ein Stadtführer durch die Bezirke“.

Beitrag 8 €, Anmeldung bis 25. Februar beim August Bebel Institut, Telefon 4692 121 oder im Internet: www.august-bebelinstitut.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Hoffen auf die City Tax

Berlins Freie Szene erwartet bessere Finanzierung

Noch bringt die City-Tax dem Land keinen einzigen Cent ein. Aber das Verplanen der künftigen Einnahmen ist schon recht weit gediehen. Und das schlichtweg aus Not, wie Vertreter der freien Szene auf einer Diskussionsveranstaltung des Kulturforums jetzt deutlich machten.

Aus der Finanzverwaltung liegt ein Vorschlag zur Einführung einer City Tax vor, die CDU-geführte Wirtschaftsverwaltung prüft ihn derzeit kritisch im Rahmen des Mitzeichnungsverfahrens, wie Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und zugleich Vorsitzender des Kulturausschusses im Abgeordnetenhaus erläuterte. Mit der City Tax würden alle Berlinbesucher, die sich nicht aus beruflichen Gründen in der Stadt aufhalten, künftig einen fünfprozentigen Aufschlag auf ihren Übernachtungspreis zahlen. Dieses Geld soll dann touristischen und kulturellen Zwecken zugute kommen. Zwischen 20 und 40 Millionen Euro liegen die erwarteten Einnahmen. Deutlich wurde, dass die City Tax als Steuer, nicht als Abgabe konzipiert werden soll, um rechtliche Unklarheiten im Zusammenhang mit der Zweckgebundenheit einer Abgabe zu vermeiden.

Für Frank Jahnke ist klar, dass das Geld weit überwiegend der Kultur zugute kommen soll, sie sei bei den meisten Touristen schließlich auch der Grund für den Besuch. Jahnke sieht das Geld am besten bei kleineren Einrichtungen aufgehoben - für die vielen Vertreter der freien Szene, die sich an der Diskussion beteiligten, wäre das eine richtige und notwendige Entscheidung. Sie berichteten von existentieller Not und den Verdrängungsprozessen aus der Innenstadt. Von Mindestlöhnen, für die sich die SPD in anderen Bereichen einsetze, seien die kleinen Kulturprojekte weit entfernt. Dabei seien sie für die Berliner Kultur, so der Vergleich eines Teilnehmers, so etwas



Diskutierten über Pläne zur City Tax: Frank Jahnke und Niko Sander. Foto: Horb

wie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in der Industrie. Frank Jahnke bezeichnete die Freie Szene als den „Humus“, auf dem vieles andere gedeihe.

Die „Koalition der Freien Szene“, ein Zusammenschluss von Einrichtungen, Spielstätten und Interessenvertretungen, fordert 50 Prozent der Einnahmen aus der City Tax für die Förderung der Freien Szene. Denn sie mache 95 Prozent der Kulturschaffenden in Berlin aus, finde sich aber nur zu 5 Prozent im Kulturhaushalt wieder. Jahnke hofft auf eine baldige Einigung zur City Tax im Senat. Im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen müssten die Abgeordneten dann für eine Stärkung der Freien Szene im Kulturetat sorgen. **U.H.** □

„Die Druckwerkstatt der Dichter“

Die Rixdorfer sind zurück. Im 50. Jubiläumsjahr des Hauses am Lützowplatz zeigt eine Ausstellung die Arbeiten der Neuköllner Druckkünstler, die vor 48 Jahren am Lützowplatz ihre erste große Ausstellung hatten.

Die Werkstatt Rixdorfer Drucke wurde 1963 in einem Berliner Hinterhof unter dem Patronat des Berliner Poeten Günter Bruno Fuchs gegründet. Sie besteht heute

Ausstellung mit Werken von Manfred Gräf

„Gelb - rot - blau“ - unter diesem Titel zeigt das „Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie“ in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus vom 26. Februar an Arbeiten von Manfred Gräf.

Gräf stammt aus der Pfalz, lebt und malt seit 50 Jahren in Berlin. 2003 wurde er mit dem Hannah-Höch-Preis geehrt, den der Berliner Senat für ein hervorragendes künstlerisches Lebenswerk vergibt. Gräfs Bilder lassen sich zur „abstrakt-konkreten Kunst“ rechnen. Bewundert wird die Klarheit und Konsequenz seines Schaffens. Die einmalige Farbigkeit seiner Bilder hat eine tiefe Faszination. Gräf: „Nach nahezu drei Jahrzehnten ist meine gesamte Arbeit wesentlich freier geworden und malerischer. Alles fließt. Ich ziehe Linien mit dem Flachpinsel, ich schleudere Linien aus dem Langpinsel. Vor fünfundzwanzig Jahren habe ich bereits mit geometrischen Reihungen und ähnlich streng gegliederten Formationen Farbräume entstehen lassen. Im gleichen Entwicklungsvorgang male ich heute in dem mir gegebenen, intuitiven Rhythmus. Die Farbe ist wichtiger geworden.“ □

➡ Vernissage: Dienstag, 26. 2. 2013, 18:30 Uhr. Begrüßung: Winfried Sühlo, Einführung: Anne Marie Freybourg. Ausstellung: 26. 2. 2013 bis 27. 3. 2013, Finissage: 27. 3. 2013, 18:30 Uhr, geöffnet Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

aus den vier Künstlern Uwe Bremer, Albert Schindehütte, Johannes Vennekamp und Arno Waldschmidt. Jeder der vier Künstler hat sein eigenes Oeuvre, aber jeder stellt das seine in den Dienst der Gruppe.

➡ 28. Februar – 31. März 2013, 50 Jahre Werkstatt Rixdorfer Drucke. Vernissage, 27. Februar 2013, 19 Uhr, Lützowplatz 9, 10785 Berlin, Begrüßung: Klaus Uwe Benneter, Gerhard Schröder, Bundeskanzler a. D.